FREITAG, 4. DEZEMBER 2009 NR. 49 51. JAHRGANG

AZA
8820 Wädenswil

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Bussenterror bei
113 statt 80 km/h

Klar, dieser Bürger am Steuer war zu schnell. Ausserorts, Strasse schnurgerade, null Verkehr, Sonntag. Da lohnt sich ein Hinterhalt für die Gestrapo.
CHF 6,620 kostete das Verbrechen im Kanton Zürich, obwohl nach Ort, Zeit und Umständen eine Bagatelle.
In D hätte die Busse EUR 75 betragen.
Es geht eben bei uns nicht um die Sicherheit, sondern ums Abzocken.

AUTO ALLIANZ
www.autoallianz.ch – 044 391 6767

DIE RHETORISCHE TORTENSCHLACHT UMS GEBETSTÜRMCHEN

Eine Nachlese auf die Abstimmung des Jahrzehnts

Völlig überraschend und entgegen den medialen Prophezeiungen hat der Schweizer Souverän die politisch Korrekten, Braven und Angepassten in die Schranken verwiesen. Das Gutmenschentum übt sich im Entsetztsein und die Muslime in dem, was sie am besten beherrschen: Im Beleidigtsein. In kaum einer Abstimmung kam die Diskrepanz zwischen öffentlicher und veröffentlichter Meinung so pointiert zum Ausdruck, wie bei der Minarettverbots-Initiative.

Das Thema elektrisiert, geniesst höchste mediale Aufmerksamkeit und grösste Verachtung. Der Urnengang war zweifellos die Volksabstimmung des Jahrzehnts: Wer die Nichtvereinbarkeit des Islams mit unserer Werteordnung zur Sprache bringt, hat das bestgehütete Tabu unserer Zeit gebrochen. Zu Recht, wie wir seit Sonntag wissen. Die unerwünschten Begleiterscheinungen des Islams waren auf Dauer nicht schönzureden, das Image im Zuge einer Abstimmungsdebatte nicht mehr zu retten.

Nüchtern betrachtet bedeutet das Resultat eine Absage an eine menschenverachtende, angriffige und einseitig fordernde Ideologie. Auf der Ebene der Fakten waren die Verbotsbefürworter nicht zu widerlegen. Toleranz und Respekt wurden zu geflügelten Worten. Aber den Schweizern waren ihre Errungenschaften wichtiger als die Rücksichtnahme auf fremde Kulturen. Auf Seite des Abstimmungssiegers ist keiner in Jubelschreie ausgebrochen. Wer ein Blick in islamische Länder oder nur schon in europäische Städte riskiert hat, kann nicht entgangen sein, dass sich hinter dem Islam nicht nur friedfertige Traditionen und Bräuche verbergen, sondern sich eine Brutalität zuträgt, die unsere Vorstellungskraft übersteigt.

Es war nicht die Elite, sondern die Bevölkerung, welche den Tatsachen ins Auge geschaut hat. Die Niederlage gilt all jenen, die aus ideologischen Motiven vor den Grausamkeiten und Ungereimtheiten dieser archaischen, im Mittelalter stehen gebliebenen, im Gewand einer Religion daherkommenden Ideologie systematisch die Augen verschlossen haben; weil es der Linken nicht ins heile Multikulti-Weltbild passt, wenn bärtige Väter der Lehrerin nicht die Hand reichen oder weil sich Kirchenvertreter als besonders menschenfreundlich fühlen dürfen, wenn die Richter zwar die christlichen Symbole abhängen lassen, die Sichtbarkeit islamischer indessen unter Verfassungsschutz stellen.

BARBARA STEINEMANN
KANTONSRÄTIN SVP
WATT-REGENSDORF

Die Argumentationsfehler der Gegnerschaft

Initiativgegner, zunächst etwas überrascht von der Vielseitigkeit und Substanz des Themas, gerieten schnell auf eine Argumentationsschiene, die nur ins Abseits führen konnte: Sie boten esoterische Rezepte wie «Ängste abbauen» an, während die Medien über Bombenterror im Feriendomizil und Auspeitschen von Frauen wegen zu kurzem Rock berichteten, geisselten einen angeblichen Eingriff in die Religionsfreiheit, obwohl sie den Beweis, wie denn ein Minarett der Religionsausübung diene, schuldig geblieben sind. Darüber hinaus wurde ein imaginärer Religionsfrieden in Gefahr gewiegelt und ein Nein als Rettung angepriesen, während die UNO zunehmende Menschenrechtsverletzungen in islamischen Gebieten verzeichnete.

Der Verweis auf die angebliche Völkerrechtswidrigkeit blieb schon bei der Verwahrungsinitiative und der Unverjährbarkeit von Kindsmissbrauch vom Souverän unbeeindruckt; warum sollten wir nicht Türme verbieten dürfen, wenn bei anderen internationalen Vertragspartnern Steinigungen durchgehen? An solch banalen Einwänden bissen sich die Initiativgegner die Zähne aus.

Der Vorwurf galt schliesslich auch einer «Stellvertreterdiskussion», womit die Minarettbefürworter den Beweis angetreten haben, dass sie das (zugegebenermassen seltene) Konstrukt dieses Volksbegehrens nicht mal im Ansatz begriffen haben: Ein bisschen Beton auf dem Dach haben oder nicht haben, das war nicht die Frage. Die Schweiz war reif für den Diskurs um unerwünschte islamische Eigenheiten, wie sie in den westeuropäischen Staaten schon lange im Bewusstsein sind.

Am Anfang war Wangen

2006 reichten SVP-Kantonsräte in einzelnen Kantonen vergeblich auf parlamentarischer Ebene Vorstösse zu einem Bauverbot ein. Schon damals hatte sich die Gegnerschaft auf das Argument der angeblichen Völkerrechtswidrigkeit beschränkt und damit alle unangenehmen islamspezifischen Begleiterscheinungen bequem umschifft. Die Idee zur nationalen Themenlegung angestossen hatte vorab der Dorfpfarrer von Wangen bei Olten, wo ein Baugesuch den Zorn eines ganzen Dorfes auf sich gezogen hatte. Eine kleine Gruppe aus SVP- und EDU-Politikern lancierte ohne Rückhalt und mit Kontostand null eine Volksinitiative und hatte damit dem Establishment ein politisch in höchstem Masse unkorrektes Thema zum Frasse vorgeworfen. Selbst Vertreter aus den eigenen Reihen rümpften die Nase. Die erste Falle lauerte für das Parlament bei der Gültigerklärung. Bereits vor Einreichen der Unterschriften fasste der Bundesrat die Nein-Parole. Nur wer es sich beruflich leisten konnte, gab noch Gesicht und Namen hin. Der Instinkt, nicht die medialen Meinungsmacher waren die Leitlinie. Wie ein erster befreiender Donnerschlag wirkte die Zensurdebatte um die Plakate; fortan waren nur noch personelle Engpässe das Problem. Gegen Ende kämpfte ein harter Kern von rund einem Dutzend Personen das Thema durch die Podien, Talkshows und Radiostudios, allerdings begleitet von einer weit überdurchschnittlich interessierten Öffentlichkeit. Mit den Tagen reifte zum einen das Bewusstsein, dass wohl eine breite Masse stillschweigend Zustimmung signalisiert, zum anderen auch die Erkenntnis, warum wohl selbst Leute aus der eigenen Partei gekniffen haben; dass ein Schwimmen gegen den Zeitgeist einer besonders dicken Haut bedarf.

Was bleibt?

Mit dem Ja zur «Stellvertreterdiskussion» sind mitunter all jene Fragen beantwortet worden, welche das archaische System des Islam so mit sich bringt wie Kopftuch bei Schülerinnen, Segregation, muslimische Friedhöfe, Beschneidung individueller Freiheitsrechte oder Schuldispense. Für weitere Volksbegehren besteht vorläufig kein Anlass, vielmehr geht es nun darum, die Behörden zu beobachten. Sollte sich irgendwo ein unangemessenes Entgegenkommen offenbaren, wäre erneut ein Urnengang in Betracht zu ziehen.

Politiker, Kirchenleute und Richter würden gut daran tun, sich mit gleich viel Verve für die Anliegen der eigenen Bevölkerung einzusetzen, wie sie sich für die Muslime in die Bresche geworfen haben. Auch Schweizer haben Rechte, wir sind nicht rechenschaftspflichtig gegenüber unseren selbstgerechten Eliten. Die Minarett-Abstimmung war eine Sternstunde der Demokratie, Krawallrhetorik ausländischer Medien und uns nicht repräsentierender Staatschefs können wir getrost mit Verweis auf Umfragen bei ihrer eigenen Bevölkerung ignorieren. Und der Ausspruch von Berthold Brecht, wonach es einfacher wäre, die Regierung löse das Volk auf und wählt ein anderes, greift in der Schweiz nicht. Es gilt vielmehr das Umgekehrte: Ganz schnell hat das Volk mal seine Regierenden abgewählt.

LESEN SIE

«Climategate» – Wenn sich Politik zum organisierten Verbrechen gesellt

Lange werden auch die Schweizer Mainstream-Medien den Skandal nicht mehr unter dem Deckel halten können. Es lässt sich nicht länger leugnen, dass es keine vom Menschen verursachte Klimaerwärmung gibt. Vielmehr hat sich das Netzwerk der Alarmisten als mafiöses Konstrukt erwiesen.

Seite 2

Hotel-Restaurant Sonne
Familie Zorica Fak
Kirchenstr. 51, 8843 Oberiberg
Telefon 055 414 12 30
info@sonne-oberiberg.ch

Sonnenstübli für 20, grosser Saal für 50 Personen, Restaurant bis 40 Personen. Grosse Terrasse. Familienhotel mit 40 Betten: Doppelzimmer, 4er-Zimmer und Einzelzimmer. Alle Zimmer verfügen über fliessend Kalt- und Warmwasser, pro Etage eine Dusche, ein Bad sowie WC's. Zusätzlich 2 x 8 Matratzenlager. Ruhige Lage ob der Kirche (Gruppenunterkünfte).

Neu in Ihrer Region:
24-Stunden-Betreuung
in den eigenen 4 Wänden

I-W-A In Würde altern
Tel. 0041 (0) 844 55 44 33
Fax 0041 (0) 844 55 44 00
E-Mail: info@I-W-A.ch
WWW.I-W-A.CH

Schreinerei Hanspeter Rütschi

Mettlenbachstrasse 2a, 8617 Mönchaltorf
Tel. 044 949 20 00, Fax 044 949 20 01

- Allgemeine Schreinerarbeiten
- Umbau/Renovationen/Bauführungen
- Küchenbau Um- und Neubau
- Geräteaustausch
- Glasreparaturen
- Fenster
- Möbel-Spezialanfertigungen
- Einbruchschutz
- Schliessanlagen
- Türen
- Schränke
- Parkett/Laminat/Teppich/Kork und vieles mehr ...

Fragen Sie uns oder besuchen Sie unsere Ausstellung.

Aus ALT mach NEU!

038.219442

Werfen Sie Ihre alte Polstergruppe nicht weg: Wir überziehen sie neu in Stoff und Leder.
Ein neuer Bezug lohnt sich fast immer!
Kostenlose Heimberatung
Rufen Sie uns an

29 Jahre Erfahrung
wideg ag

Industriestrasse 25, 8625 Gossau
Tel. 044 935 25 46, info@wideg.ch
www.wideg.ch

Sparen Sie bei den Hypotheken! Wir sagen Ihnen wie.

HypothekenBörse AG
Finanzierungsberatung
für Private und Firmen

Neugrütstrasse 4b
CH-8610 Uster
Telefon 043 366 53 53
Fax 043 366 55 83
info@hypotheken-boerse.ch
www.hypotheken-boerse.ch

Clever finanzieren.

HYPOTHEKENBÖRSE AG

Börsen- und Abstimmungsprognosen

VON CHRISTOPH MÖRGELI

In der «Sonntagszeitung» plauderte SRG-Chef Ueli Haldimann über zwingende Zwangsgebührenangebote wie «Happy Day», «Landfrauenküche» und «Ein Dorf nimmt ab». Leidenschaftlich wurde der spröde Altlinke erst bei der Frage, was ihn bei der SRG ärgere: Thomas Matter, Ex-Chef der Swissfirst-Bank, habe in der Sendung «Börsenstandpunkte» eine Kaufempfehlung abgegeben. Prompt seien die Titel in die Höhe geschnellt. Haldimann wolle nicht, dass die Zuschauer aufgefordert würden, «irgendwelche Aktien zu kaufen» und so ihre Pensionsgelder verprassten.

Haldimann ist perfid. Er unterstellt, Matter habe bewusst Titel gepusht, also verbotenes front running betrieben. Dabei betonte Matter, dass er die Aktie wegen geringer Liquidität nicht für eine breite Anlegerschaft empfehle. Haldimann ist unbelehrbar. Auch nach dem Bankrott seines Sozialismus traut er den Zuschauern keine eigenverantwortlichen Entscheide zu und hält Wertpapiere noch immer für Ausgeburten des kapitalistischen Teufels. Haldimann ist unprofessionell. In der Sendung «Börsenstandpunkte» geben unzählige Experten Hunderte von Empfehlungen, ohne dass sich der Herr Interimsdirektor je aufgeregt hätte. Das «Was für wie viel» macht eine Börsensendung aus. Für das «Wer mit wem» gibt's die Sendung «Glanz & Gloria».

Besonders stossend ist, dass ausgerechnet Thomas Matter Opfer von Haldimanns Ressentiments wird. Nachdem der Partner seiner Vorgängerin Deltentre die Swissfirst als bezahlter PR-Mann fertig gemacht hat. Nachdem das Fernsehen SF unter Chefredaktor Haldimann Matters Bank achtmal in der «Tagesschau» und vierzehnmal in «10 vor 10» vorverurteilt hat. Nachdem sich sämtliche Unterstellungen wie Millionenverluste der Pensionskassen, Insiderdelikte und Bestechung von Pensionskassenmanagern als falsch erwiesen haben.

Statt über Börsenprognosen sollte sich Ueli Haldimann über Abstimmungsprognosen der SRG aufregen. Statt Mitleid mit den Aktienanlegern wäre Mitleid mit den Zwangsgebührenzahlern am Platz. Sie müssen der Firma gfs.bern von Claude Longchamps (SP) Millionen für SRG-Meinungsumfragen in den Rachen werfen. Um zu erfahren, dass nur 37 Prozent für das Minarettverbot stimmen. Longchamps hat seine repräsentative Befragung offenbar in einer Genfer Moschee durchgeführt. Oder bei seinen letzten Badeferien in Dubai.

SESSIONSBERICHT 2. WOCHE

Ziele des Bundesrates, Budget 2010 und Sondersession zur Landwirtschaftspolitik

Am Montag stellte Bundespräsident Merz die Ziele des Bundesrates für das 2010 vor. Wie immer prägt aber die Budgetberatung die Wintersession. Trotz sinkenden Einnahmen wurden die Ausgaben und damit auch der Schuldenberg wiederum erhöht. Die SVP kämpfte erfolglos gegen das veranschlagte Defizit von 2,4 Milliarden Franken. Am Donnerstag war eine Sondersession zur Landwirtschaftspolitik traktandiert. Die Vereinigte Bundesversammlung wählte Doris Leuthard zur Bundespräsidentin für das Jahr 2010.

HANS RUTSCHMANN
NATIONALRAT SVP
RAFZ

Zu Beginn der zweiten Sessionswoche erläuterte der Bundespräsident die Ziele des Bundesrates für das Jahr 2010. Im Zentrum standen dabei die Überwindung der Wirtschaftskrise und die Rückkehr zu einer gesund wachsenden Wirtschaft. Weitere Ziele betrafen die Arbeiten an der Staatsleitungsreform, die Erweiterung des Bahnnetzes, Verhandlungen mit der EU im Energie- und Umweltbereich und die Arbeiten an der 12. AHV-Revision. Das Parlament konnte den Bericht lediglich zur Kenntnis nehmen, eine Diskussion oder eine Abstimmung über die Ziele des Bundesrates für das nächste Jahr fanden nicht statt. Die Aufmerksamkeit im Parlament hielt sich deshalb in Grenzen und der Bundespräsident sprach vor stark gelichteten Reihen. Man hatte auch den Eindruck, dass es sich bei der Präsentation der Ziele für Bundespräsident Merz eher um eine Pflichtübung handelt.

Milliardendefizit für das Jahr 2010

Eine wesentlich grössere Aufmerksamkeit schenkte der Rat der Budgetberatung. Der Voranschlag 2010 sieht ordentliche Einnahmen von 58,133 Milliarden Franken und Ausgaben von 60,522 Milliarden Franken vor. Die Ausgaben wachsen dabei gegenüber dem Voranschlag 2009 um 2,9 Prozent, während die Einnahmen infolge des massiven Konjunktureinbruches um 3,1 Prozent sinken. Zusammen führen diese beiden Entwicklungen zu einem budgetierten Defizit von 2,4 Milliarden Franken für das kommende Jahr.

Die SVP-Vertreter in der Finanzkommission stellten bereits in der Kommission diverse Einzelanträge zur Reduktion der Ausgaben in den verschiedenen Departementen. Wie immer ist die SVP praktisch die einzige Fraktion, welche sich vehement für einen gesunden Finanzhaushalt einsetzt und auch konkrete Anträge einbringt.

Chancenloser Rückweisungsantrag der SVP

Folgerichtig stellte die SVP im Rat einen Rückweisungsantrag an den Bundesrat mit dem Auftrag, dem Parlament einen revidierten Voranschlag zu unterbreiten, welcher auf der Ausgabenseite der laufenden Rechnung eine Reduktion von 1,5 Milliarden Franken zeigt. Der Rückweisungsantrag wurde mit 124:54 Stimmen abgelehnt. Während die SVP-Fraktion den Rückweisungsantrag geschlossen unterstützte, erhielt er keine einzige Stimme aus den anderen Fraktionen. Der Sparwille hält sich im Parlament also in engen Grenzen, leider auch bei den anderen bürgerlichen Parteien. In der Detailberatung wurde immerhin einem Kürzungsantrag von 2,5 Millionen Franken für eine Imagekampagne der Präsenz Schweiz in den USA zugestimmt. Damit sollte der angeschlagene Ruf des Finanzplatzes Schweiz als Folge der UBS-Probleme mit Steuergeldern wiederhergestellt werden. Die Ratsmehrheit, inklusive die SVP-Fraktion, zweifelte an der Wirkung dieser staatlichen PR-Aktion.

Steigende Kosten im Asylwesen – Heftige Kritik an Widmer-Schlumpf

Bei den Budgetposten für das Asylwesen wurde die Asylpolitik von Bundesrätin Widmer-Schlumpf vor allem von SVP-Seite heftig kritisiert. Ihre Politik hat nämlich auch massive finanzielle Konsequenzen für den Steuerzahler. Während 2007 unter Bundesrat Blocher die Zahl der Asylgesuche unter 10 000 fiel, steigen sie seither als Folge einer verfehlten Asylpolitik wieder in beängstigender Art und Weise an. Aktuell wird mit 17 000 Gesuchen gerechnet. Nachdem bereits mit einem Nachtrag dem Bundesamt für Migration zusätzliche 51,7 Millionen Franken für den Asylbereich bewilligt wurden, forderte ein Nachtragskredit nochmals über 100 Millionen Franken. Nach Ansicht der SVP müssen zuerst die Missstände im Departement Widmer-Schlumpf behoben werden, bevor mehr Geld für das Asylwesen gesprochen werden kann. Das Asylwesen kostet den Steuerzahler jährlich ungefähr eine Milliarde Franken. Eine unglaubliche Zahl.

Sondersession zur Landwirtschaftspolitik

Die SVP forderte erfolgreich eine Sondersession, um die Problematik der Landwirtschaft zu diskutieren. Dabei wurden über 43 hängige Motionen, Postulate und Interpellationen behandelt, welche für die Bauernfamilien wichtig sind. Diese Vorstösse betrafen insbesondere die zwei wichtigen Geschäfte Milchmarkt und Freihandelsabkommen mit der EU.

Die SVP-Vertreter forderten dabei den Abbruch der Verhandlungen, dies im Einklang mit dem Bauernverband. Ein Freihandelsabkommen Landwirtschaft bringt für unsere Bauern mehr Nach- als Vorteile. Damit würde ein Sektor isoliert in die EU gestossen. Als Folge davon würden die Preise zusammenbrechen und die Kosten trotzdem hoch bleiben. Dies hätte zudem auch volkswirtschaftliche Folgen. So erklärte unser Fraktionskollege Ernst Schibli: «Es ist volkswirtschaftlich unverantwortlich, aus lauter Anpassertum die eigene Wirtschaft zu zerstören und nachher über die Sozialwerke den angerichteten Schaden abgelten zu müssen. Die desolate Situation der Bauern in der EU zeigt auf, dass sie trotz freiem Markt nicht in der Lage sind, ihre Zukunftsperspektiven zu verbessern.»

«CLIMATEGATE» – DER GROSSE KLIMA-BETRUG

Wenn sich Politik zum organisierten Verbrechen gesellt

Lange werden auch die Schweizer Mainstream-Medien den Skandal nicht mehr unter dem Deckel halten können. Es lässt sich nicht länger leugnen, dass es keine vom Menschen verursachte Klimaerwärmung gibt. Vielmehr hat sich das Netzwerk der Alarmisten als mafiöses Konstrukt erwiesen.

CLAUDIO ZANETTI
KANTONSRAT SVP
ZOLLIKON

Vor einigen Tagen sind Hacker in das Computersystem der Climate Research Unit, einer der Schaltstellen der internationalen Klimaforschung, eingedrungen, wo sie Daten entwendeten. In der Folge stellten die Täter eine umfangreiche E-Mail-Korrespondenz, deren Authentizität inzwischen bestätigt worden ist, ins Internet. Damit ist die Glaubwürdigkeit der gegenwärtigen Klimaforschung futsch. Nicht einmal die Aberkennung des 2007 an den «Weltklimarat» verliehenen Friedensnobelpreises würde zur Schadensbegrenzung genügen.

Selbst Klima-Zeloten wie Moritz Leuenberger können nicht mehr länger bestreiten, dass gestützt auf geheimen Absprachen Daten manipuliert wurden. Was nicht ins Konzept passte, wurde konsequent unter Verschluss gehalten. Niemand sollte erfahren, dass seit über zehn Jahren kein Temperaturanstieg zu verzeichnen ist. Die Verschleierung ging so weit, dass gezielt Daten vernichtet wurden, um sie nicht eines Tages aus rechtlichen Gründen veröffentlichen zu müssen. Weiter geht aus den Mails klar hervor, dass gegen Skeptiker der politisch korrekten Klimaforschung regelrechte Mobbing-Attacken durchgeführt wurden.

Gigantisches Lügengebilde

Im Stile goebbelscher Propaganda wurde Jahre lang gelogen, was das Zeug hält. Dabei lässt sich mit einem Eiswürfel und einem Glas Wasser nachweisen, dass selbst das vollständige Schmelzen des Polareises keinen Anstieg des Meeresspiegels zur Folge hätte. Auch die Sache mit den Eisbären ist Quatsch. Pro Jahr müssen zur Regulation der in den vergangenen 50 Jahren von 5000 auf 25 000 angewachsene Population etwa 800 Tiere abgeschossen werden.

«Waldsterben», «Ozon», «Feinstaub», «Vogelgrippe», «BSE». Ständig tauchen neue Horrorszenarien auf. Und regelmässig ist es bestenfalls «fünf vor zwölf». Und jedes Mal kann der Untergang höchstens noch mit viel Geld abgewendet werden. So ist es auch mit dem Klima. Seit Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls am 16. Februar 2005 wurden von den Vertragsstaaten über US$ 717 300 000 000 ausgegeben, um die Temperatur bis zum Jahr 2050 um den Bruchteil eines Grades zu senken. Nur die Wirtschaftskrise vermochte die Masslosigkeit der Politiker etwas zu zügeln. Neue, noch groteskere Szenarien liessen nicht auf sich warten. So liess das deutsche Potsdam-Institut verlauten, es sei alles viel schlimmer als befürchtet, es drohe nun ein sprunghafter Temperaturanstieg. Noch in diesem Jahrhundert müssten die Emissionen auf Null gesenkt werden, um das Klimasystem zu stabilisieren. – Man denkt nach «Climategate» unweigerlich an den irakischen Informationsminister Muhammad as-Sahhaf oder an die Durchhalteparolen des SED-Politbüros kurz vor dem Mauerfall.

Gesetz des Schweigens

Schon vor über zehn Jahren sagte der Kulturwissenschaftler Benny Peiser, dass er der Mafia, wäre er deren Finanzberater, empfehlen würde, in den Handel mit Klimazertifikaten einzusteigen. Tatsächlich kommt es im Zusammenhang mit dieser modernen Form des Ablasshandels immer wieder zu massiven «Unregelmässigkeiten». Konsequenzen hat dies keine. Es herrscht Omertà. Und diesem Gesetz des Schweigens folgend, wurde auch kommentarlos hingenommen, dass die jüngsten Gewinne der amerikanischen Banken zu einem grossen Teil im Handel mit ebendiesen Klimazertifikaten erzielt wurde. Es handelt sich um die gleichen Banken, die den Wahlkampf von Barack Obama grosszügig unterstützt haben. Er wird sich in Kopenhagen erkenntlich zeigen.

Erschienen in der «Berner Zeitung» vom 28. November 2009.

Zu den Fakten

zac. Bereits finden sich auf der Internet-Suchmaschine «Google» über 12 Millionen Einträge zum Stichwort «Climategate». In der Schweizer Medienlandschaft wird der Skandal weitgehend totgeschwiegen. Neben der «Weltwoche» hat sich lediglich die «Sonntags-Zeitung» ernsthaft damit beschäftigt. Bei so genannten Qualitätsmedien wie der NZZ oder dem «Echo der Zeit» wird heruntergespielt oder verdrängt.

Als Einstieg für den interessierten Zeitgenossen seien die folgenden Websites erwähnt: www.achgut.com und www.klimaskeptiker.info. Auf beiden Seiten finden sich umfangreiches Quellenmaterial und weiterführende Links.

SVP PLANT WEITERE SCHRITTE

Ausserordentliche Session zur Asyl- und Ausländerpolitik gefordert

Das deutliche Ja zur Minarett-Initiative zeigt insbesondere die grosse Unzufriedenheit der Schweizerinnen und Schweizer mit der aktuellen Asyl-, Ausländer- und Migrationspolitik. Die SVP-Bundeshausfraktion verlangt eine ausserordentliche Session zum Themenbereich Asyl-, Ausländer- und Migrationspolitik und reicht im Parlament einen entsprechenden Antrag ein.

ZB. Die Schweizerinnen und Schweizer haben genug von einer Politik des Nichtstuns und Zuschauens in der Asyl- und Ausländerpolitik. Der Bundesrat und das Parlament haben am letzten Wochenende die Quittung für ihre Passivität erhalten. Das Volk will, dass die Politik die Probleme im Asyl- und Ausländerbereich rigoros angeht. Massnahmen gegen explodierende Ausgaben und Pendenzenberge im Asylwesen sind dringend. Ebenso erwarten die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, dass entschieden gegen kriminelle Ausländer vorgegangen wird. Der Ständerat kann dies in der laufenden Session bei der Behandlung der SVP-Ausschaffungsinitiative unter Beweis stellen. Die Initiative ist rasch dem Volk vorzulegen, damit Kriminelle möglichst bald ausgeschafft werden können. Im Bereich der Migration muss die Schweiz ihre Handlungsfähigkeit zurückgewinnen. Die unkontrollierte Einwanderung kann nur über eine Anpassung der Personenfreizügigkeit mit der EU gestoppt werden. Deshalb ist das Freizügigkeitsabkommen mit der EU zu kündigen und neu auszuhandeln. Die SVP verlangt rasch eine ausserordentliche Session zum Themenbereich Asyl-, Ausländer und Migrationspolitik und reicht einen entsprechenden Antrag ein.

KANTONSRAT DES EIDGENÖSSISCHEN STANDES ZÜRICH

Kantonspolizisten weiterhin nur mit Schweizerpass

An der kantonsrätlichen Doppelsitzung von dieser Woche beschäftigte sich der Kantonsrat mit der Staatsangehörigkeit von Kantonspolizistinnen und Kantonspolizisten. Ausserdem standen Suizidprävention, Haltverbot vor Schulhäusern und das Bauprogramm der Staatsstrassen auf dem Programm.

YVES SENN
KANTONSRAT SVP
WINTERTHUR

Mit einem Postulat von der Alternativen Liste und den Grünen wurde gefordert, dass die Kantonspolizeiverordnung dahin gehend zu ändern sei, dass auch Ausländerinnen und Ausländer mit Niederlassungsbewilligung C als Aspirantinnen und Aspiranten der Kantonspolizei aufgenommen werden sollen. **Jürg Trachsel** (SVP, Richterswil) betonte im Rat, dass die Einbürgerung für den Abschluss einer erfolgreichen Integration stehe und danach der Weg als Polizeiaspirant frei sei. Die Linke sehe offenbar an der fehlenden Einbürgerung keinen Hinweis für eine mangelnde Integration. Wer Polizist werden wolle, müsse zwingend die Integrationsanforderungen erfüllen. Schliesslich handle die Polizei hoheitlich und wende Schweizer Gesetze an. **René Isler** (SVP, Winterthur) betonte, dass es viele Polizisten mit Migrationshintergrund gebe, welche sich im Voraus für eine Einbürgerung entschieden hätten. Es gebe keinen Grund, warum jemand, der die hohen Anforderungen des Polizeiberufs erfülle, den letzten Schritt nicht machen wolle. **Luzius Rüegg** (SVP, Zürich) betonte zudem, dass der Weg und das Ziel der Postulanten schon lange klar sei. Diese würden nämlich Instrumente schaffen wollen, um unseren Rechtsstaat aus den Angeln zu heben. **Walter Isliker** (SVP, Zürich) betonte im Rat, dass die Gewerkschaft der Polizei dieses Postulat ebenfalls ablehne. Und die CVP stellte fest, dass wir Schweizer nur ungern von einem deutschen Polizisten gemassregelt würden. Der Sicherheitsdirektor stellte zum Schluss der Debatte fest, dass es kein Problem sei, sich einbürgern zu lassen und schon lange nicht mehr jeder Polizist Meier oder Müller heisse. Das Postulat wurde mit 49 zu 107 Stimmen deutlich abgelehnt.

Suizidprävention

Mit einem Postulat forderten Grüne, SP und CVP, dass der Regierungsrat ein Suizidpräventionskonzept vorzulegen und zu realisieren habe. Es gäbe im Kanton Zürich kein Suizidpräventionskonzept monierten die Postulaten. In unserem Kanton begingen im Zeitraum von 1996 bis 2005 durchschnittlich 265 Menschen pro Jahr den Selbstmord (175 Männer und 90 Frauen). 50 Prozent der Bewohnerinnen und Bewohner des Kantons Zürich hätten während dem Verlauf ihres Lebens Suizidgedanken. **Claudio Zanetti** (SVP, Zollikon) versuchte dem Rat klar zu machen, dass es Bereiche gebe, wo der Staat nichts machen könne. Die Postulanten seien offenbar der Auffassung, der Staat könne jedes Problem lösen. Es gebe schon Bereiche, wo der Staat zur Problemlösung beitragen könne, aber in einigen Bereichen sei der Staat selber das Problem. Naiv sei der Glauben, die Problematik des Suizids mit einem Postulat lösen zu können. Die betroffenen Personen würden nicht über ihre Probleme reden wollen. **Willy Haderer** (SVP, Unterengstringen) betonte, dass es sich um ein sehr vielschichtiges Problem handle. Mit staatlicher Überprüfung und Berichten könne man nicht dagegen antreten. Das Problem liege daran, dass viele Menschen wegschauen und nicht wahrhaben wollen, dass jemand Probleme habe und nicht zurechtkomme. Wir müssten lernen, auf die Menschen einzugehen und bereit sein, entsprechend zu helfen. Dazu brauche es persönliches Engagement. **John Appenzeller** (SVP, Stallikon) betonte im Rat, dass das Beispiel der Ratslinken mit dem deutschen Fussballtorwart Robert Enke beweise, dass auch etwas passieren könne, wenn jemand in Behandlung stehe. Das Postulat wurde mit 85 zu 64 Stimmen überwiesen.

Schaffhauserstrasse

Ein dringliches Postulat von **Christian Mettler** (SVP, Zürich) und Vertretern aus CVP und EDU verlangte vom Regierungsrat, die frühzeitige Abklassierung der Schaffhauserstrasse in Zürich-Seebach zu unterbinden. Mit dieser Massnahme sollen bei einer betroffenen Bäckerei Arbeitsplätze gerettet werden. **Christian Mettler** betonte im Rat, dass der Beschluss der Regierung grosses Erstaunen auslöse. Das vorliegende Postulat sei ein Begehren, die Stadt Zürich endlich in die Schranken zu weisen. Das Interesse der zuständigen Stadträtin scheint jedoch gegen null zu sein. Dabei geht es nicht nur um die Erhaltung von Arbeitsplätzen und Parkplätzen, sondern auch um die unnötige Verbreiterung des Veloweges. Während einer Mahnwache konnten innert drei Stunden nur gerade drei Velos ausgemacht werden. **Matthias Hauser** (SVP, Hüntwangen) betonte zudem, dass der Regierungsrat der gewerbefeindlichen Verkehrspolitik der Stadt Zürich einen Riegel schieben müsse. «Setzen sie ein Zeichen für das Gewerbe», so Hauser. Der Kantonsrat folgte dem Aufruf und überwies das Postulat mit 97 zu 75 Stimmen.

Staatsstrassen

Der Regierungsrat erstattet dem Kantonsrat jährlich Bericht über das Bauprogramm auf den Staatsstrassen für die nächsten drei Jahre. Dabei werden die Vorgaben des kantonalen Richtplanes und des Gesamtverkehrskonzepts berücksichtigt. **Bruno Grossmann** (SVP, Wallisellen) betonte im Rat, dass im vorliegenden Bericht das Kapitel Fuss- und Radfahreranlagen eine zu bedeutende Stellung einnehme. Die Prioritäten müssten bei den Nationalstrassen, Staatsstrassen und dem öffentlichen Strassenverkehr liegen. Alleine für das Radwegnetz sollen in den nächsten drei Jahren 48 Mio. Franken ausgegeben werden und für Fussgängeranlagen nochmals 33 Mio. Franken. Für Fahrbahnausbauten seien lediglich 86 Mio. Franken vorgesehen. Hier müsste aus unserer Sicht mehr gemacht werden. Priorität müssten die Strassen in den Agglomerationsgemeinden um die Stadt Zürich haben, welche stark überlastet sind. Der Kanton Zürich ist im internationalen Wettbewerb um die Standortgunst auf ein funktionierendes Strassennetz angewiesen, darum sollen, trotz den Prioritäten bei Bahn- und Tramlinien, die Staus auf den Strassen nicht vergessen werden. **Hans-Heinrich Heusser** (SVP, Seegräben) betonte, dass die zunehmende Mobilität, die durch Wirtschaftswachstum entstehe, der Auslöser für den Ausbau des Verkehrsnetzes sei. Die Ratschläge zur Einschränkung der Mobilität würden wenig nützen. Wirtschaftswachstum mit entsprechender Bevölkerungszunahme führe zwangsläufig zu mehr Mobilität. Der Ausweitung der Verkehrsflächen dürfe aber nicht zulasten der landwirtschaftlichen Kulturfläche geschehen. Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen.

Halteverbot vor Schulhäusern

Mit einem Postulat forderte die Grüne Partei, dass der Regierungsrat, im Bereich von Schulhäusern, einschliesslich Kindergärten, geeignete Massnahmen, wie Halteverbote oder bauliche Massnahmen, zu ergreifen oder zu veranlassen habe, die verhindern, dass Eltern ihre Kinder mit dem Auto zur Schule fahren. **Theo Toggweiler** (SVP, Zürich) monierte die grüne Bevormundung und stellte die hohen Kosten bei zirka 1600 Schulhäuser im Kanton Zürich in Frage. Auch die FDP erkannte, dass es in der Eigenverantwortung der Eltern liege, über den Schulweg der Kinder zu bestimmen. Das Postulat wurde deutlich abgelehnt.

DIE SITZUNG IM ÜBERBLICK: DER KANTONSRAT HAT AM MONTAG …

… eine Motion betreffend neue gesetzliche Regelung des Ausgleichs der kalten Progression überwiesen.	☺
… ein dringliches Postulat betreffend keine frühzeitige Abklassierung der Schaffhauserstrasse überwiesen.	☺
… den Gegenvorschlag von Stimmberechtigten zum Kantonsratsbeschluss über die Behördeninitiative betreffend Änderung des Gesetzes über den Flughafen Zürich für teilweise ungültig erklärt.	☺
… das Bauprogramm der Staatsstrassen für die Jahre 2010–2012 zur Kenntnis genommen.	😐
… ein Postulat betreffend Halteverbot vor Schulhäusern abgelehnt.	☺
… eine Interpellation betreffend Vorfälle an der Street Parade als erledigt abgeschrieben.	😐
… ein Postulat betreffend Vereinfachung der Erneuerung der B-Bewilligung abgelehnt.	☺
… ein Postulat betreffend Staatsangehörigkeit von Kantonspolizistinnen und -polizisten abgelehnt.	☺
… ein Postulat betreffend Informationsfluss zwischen Sozialversicherungsanstalt und Gemeinden abgelehnt.	☹
… ein Postulat betreffend Suizidprävention überwiesen.	☹

30.11.09

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Flughafen Zürich – Die Pflicht des Kantonsrates, zu entscheiden

LORENZ HABICHER
KANTONSRAT SVP
ZÜRICH 9

Schon im Frühjahr 2009 hatte der Kantonsrat über die Behördeninitiative betreffend Änderung des Flughafengesetzes («Keine Neu- und Ausbauten von Pisten») beschlossen. Dieser Entscheid wurde zum einen mit dem Behördenreferendum von Mitgliedern des Kantonsrates und zum anderen mit einem konstruktiven Gesetzesreferendum von Stimmberechtigten angefochten. Beide politischen Instrumente sind berechtigt, fordern diese doch eine abschliessende Entscheidung durch das Stimmvolk des Kantons Zürich. Die vorberatende Kommission unter dem Präsidium von Ruedi Menzi (SVP Rüti) konnte sich nicht finden, wurden gleich mehrere gleichberechtigte Anträge vorgebracht. Diese gingen von Ungültigkeit (SVP, FDP), über Teilgültigkeit mit abweichenden Abstimmungsempfehlungen (CVP, EVP, GP, SP) bis zur vollständigen Gültigkeit (GlP) des vom Referendumskomitee Flugschneise Süd NEIN eingebrachten Gesetzesreferendums.

In der Tat war eine Entscheidungsfindung nicht einfach, lagen doch widersprüchliche Rechtsgutachten zur Vorlage und der Fragestellung, ob die Voraussetzung der Einheit der Materie erfüllt sei, den Ratsmitgliedern vor. Die Pflicht des Kantonsrates, zu entscheiden, führte zu einer langen Ratsdebatte, wobei nicht vergessen wurde, dass dieses Ergebnis einer kommenden Volksabstimmung zusammen mit der Behördeninitiative unterliegen wird. Ziel der SVP-Fraktion musste es sein, eine verständliche Abstimmungsvorlage möglichst rasch dem Souverän zum Entscheid vorzulegen. Die Stimmberechtigten sollen über die Zukunft des Flughafens Zürich, der Frage «keine Neu- und Ausbauten von Pisten», wie auch im Flughafengesetz vorgesehen, entscheiden können. Ein komplexes Abstimmungsprozedere nach dem Cup-System erforderte von den Ratsmitgliedern volle Aufmerksamkeit, braucht eine Teilungültigkeit gemäss Art. 28 KV eine Zweidrittelmehrheit der Anwesenden. Nur dank der Federführung der SVP und eines sachdienlichen Abstimmungsverhaltens aller Fraktionsmitglieder wurde das nötige Quorum für Teilungültigkeit erreicht.

Die Pflicht des Kantonsrates wurde erfüllt, der nächste Entscheid liegt beim Souverän. Wann das Zürcher Stimmvolk darüber entscheiden kann, ist heute noch ungewiss, schliesst doch der Verein Flugschneise Süd NEIN (VFSN) einen Gang vor Bundesgericht nicht aus. Nach dem Abstimmungssonntag vom 29. November und dieser morgendlichen Flughafendebatte bleibt die Frage, ob politische Entscheide im Nachgang noch gerichtlich beurteilt werden müssen, mit einem fahlen Nachgeschmack im Raum.

NACH ENGAGIERTEM WAHLKAMPF AM ZIEL

Wahl von Ruth Frei in den Bezirksrat

Mit einem überzeugenden Ergebnis wurde Kantonsrätin Ruth Frei am vergangenen Sonntag in den Bezirksrat Hinwil gewählt.

SVP Bezirk Hinwil. Nach dem plötzlichen Tod von EVP-Bezirksrat Karl Schärer erhob die SVP des Bezirks Hinwil Anspruch auf den verwaisten Sitz. Unser Ersatzmitglied, Kantonsrätin Ruth Frei, war für diese Herausforderung bereit. Bald zeigte sich, dass dieses Amt heiss umstritten war. Zusätzlich meldeten sich die Kantonsratsmitglieder Karin Maeder (SP) und Gerhard Fischer (EVP).

Bereits im ersten Wahlgang hatte Ruth Frei klar die Spitzenposition eingenommen, aber das absolute Mehr leider nicht erreicht.

Im zweiten Wahlgang stellte sich neben Ruth Frei nur noch die SP-Frau zur Verfügung. Mit riesigem Vorsprung wurde Ruth Frei am Wahlsonntag klar ins angestrebte Amt gewählt (Stimmen erhielten: 13 676 Ruth Frei, 7212 Karin Maeder). Restlos alle Bezirksgemeinden entschieden sich für Ruth Frei. Ein langer und mit viel Engagement geführter Wahlkampf führte schliesslich zum längst erwarteten Erfolg.

Autohaus Rietliau AG
...die Zuverlässigen

Samstag, 5. Dezember um 12 Uhr
spricht Nationalrätin Natalie Rickli

New Opel Astra Präsentation
Freitag 4. Dezember 18.00 - 22.00 Uhr mit DJ Chris Menoro für Junggebliebene
Samstag 5. Dezember 9.00 - 16.00 Uhr
Sonntag 6. Dezember 9.00 - 16.00 Uhr (um 13 Uhr kommt der Samichlaus)

An allen 3 Tagen verwöhnen wir Sie mit frischen Güggeli vom Grill

Wädenswil, Alte Landstrasse 4
www.rietliau.ch

EIN SVP-MITGLIED STELLT SICH VOR

Beatrice Derrer-Sekinger

Alter:	*37 Jahre*
Beruf:	*Kfm. Angestellte / Bäuerin*
Gemeinde:	*Hüttikon*

Seit wann sind Sie Mitglied bei der SVP und warum sind Sie beigetreten?

Seit Anfang 2008 bin ich Mitglied der SVP. Mein Gedankengut entspricht seit langem der SVP und somit war es auch längst fällig, in die einzige Partei einzutreten, welche sich konsequent für eine neutrale und unabhängige Schweiz einsetzt.

Wie engagieren Sie sich innerhalb der Partei?

Ich bin in der ersten Amtsperiode als Gemeinderätin tätig. Als gebürtige Hüttikerin ist es mir ein besonderes Anliegen, dass sich unsere kleine Gemeinde selbstständig weiter entwickeln kann und dass KMU's und landwirtschaftliche Betriebe respektiert werden sowie weiter existieren können. Wichtig ist zudem auch eine konstante Teilnahme an Abstimmungen – sei es auf kommunaler, kantonaler oder auf Bundesebene – um die Ziele der SVP zu erreichen.

Was wünschen Sie sich für die Schweiz?

Die Schweiz soll ihren hohen Lebensstandard beibehalten, ihre Traditionen wahren und an der direkten Demokratie festhalten. Besonders am Herzen liegt mir eine klare Agrarpolitik in der Ernährungssouveränität, welche den Fortbestand der Schweizer Bauern sichert und sich klar von einem globalen Agrarfreihandel distanziert. Strenge Gesetze, topografische Einschränkungen und hohe Kosten machen es Schweizer Bauern unmöglich, mit der ausländischen Konkurrenz mitzuhalten.

Welcher Politiker ist Ihr Vorbild und warum?

Gradlinige, konsequente und sachorientierte Politiker mit einer Portion gesundem Menschenverstand, welche sich für eine eigenständige, unabhängige und neutrale Schweiz einstehen, sind für mich Vorbilder.

Was sind Ihre nächsten persönlichen Projekte?

Ich werde mich weiterhin politisch engagieren, indem ich mich für die kommenden Wahlen im März 2010 als Kandidatin für den Gemeinderat erneut zur Verfügung stelle.

Die Profis vom Land
Personal- und Arbeitskräfte (alles Landwirte) für
Gewerbe · Bau · Industrie · Gartenbau
tage- oder wochenweise, Temporäreinsatz
Tel. 055 251 41 41 · info@mrzo.ch
MR Maschinenring

ALT BUNDESRAT STEHT RED UND ANTWORT

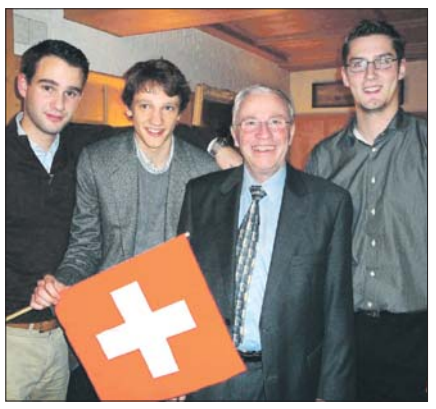
4. Studentenlunch mit Christoph Blocher

Nur gerade drei Wochen nachdem Ernst Stocker und Gregor Rutz uns Studierenden Red und Antwort standen, durften wir einen weiteren SVP-Studentenlunch erleben. Zu Gast war alt Bundesrat Christoph Blocher.

OK Studentenlunch. Obwohl vorwegzunehmen ist, dass es sich dabei mehr um ein Dinner als um einen Lunch gehandelt hat. Dies wurde von unserem Gast jedoch ausdrücklich so gewünscht, damit er nachdem Essen noch ein wenig sitzen bleiben kann.

Rund 50 Studentinnen und Studenten fanden sich am Abend des 25. Novembers, wieder in gewohnter Stätte, im Restaurant Oberhof, zum 4. SVP-Studentenlunch ein. Zu Gast war niemand geringerer als unser alt Bundesrat Christoph Blocher. Nach kurzem Begrüssen durch das OK wurde das Wort für ein erstes kleines Votum an den Gast weitergegeben. Er würdigte mit Freude das Engagement und Interesse der zahlreich erschienen Studenten und ermutigte, auch weiterhin sich für unser Land an vorderster Front einzusetzen.

Anschliessend folgten Vorspeise und Hauptgang. Dies änderte aber nichts an der ausgezeichneten Stimmung im Saal. An sechs Tischen sassen teils sich unbekannte Studenten gegenüber und plauderten, als ob sie sich schon seit Jahren kennen würden – unter Gleichgesinnten eben!



Christoph Blocher mit dem OK Studentenlunch: Tiziano Foiera, Michael Lüdi und Patric Eggler (von links).

Die Idee des OK war es, dass die politischen Gäste des SVP-Lunches nicht Referate halten, sondern, dass sie den «Jungen» Red und Antwort stehen und sich der Diskussion stellen. So war es auch diesmal. Sichtlich erfreut beantwortete Christoph Blocher nach dem Hauptgang die Fragen des sehr engagierten Publikums. Er wurde nach seiner Meinung zur Minarett-Initiative gefragt, wen er denn als den schlechtesten Bundesrat betrachte, ob er die Kritik der Hörsaal-Besetzer an der Uni verstehe usw.

Die Diskussion wollte kein Ende nehmen, bis sich dann die Küche mit dem Dessert meldete. Sogleich wurden aber an den Tischen die Gespräche wieder aufgenommen und eifrig politisiert und diskutiert. Christoph Blocher stand auch im Anschluss an den Nachtisch noch Dutzenden von Fragen und Fotowünschen geduldig zur Verfügung. Gegen 22.30 Uhr wurde er mit einer Bündner Nusstorte (mitgebracht von OK-Mitglied Michael Lüdi, SVP Oberengadin) verdankt und verabschiedet.

Im Namen aller Teilnehmer danken wir Christoph Blocher herzlich, dass er sich die Zeit genommen hat, bei uns vorbeizuschauen!

ABSTIMMUNGSERFOLG FÜR DIE SVP DIETIKON

Schulsozialarbeiter – Ein klares Nein in Dietikon

Am vergangenen Abstimmungssonntag wurde in Dietikon die Vorlage «definitive Einführung Schulsozialarbeit» mit 2366 zu 2567 Stimmen verworfen.

SVP Dietikon. Unter dem Motto «Nicht die Schüler sind gestört, sondern unser Schulsystem» führte die SVP mit Unterstützung der FDP einen informativen Abstimmungskampf gegen die definitive Einführung von Schulsozialarbeitern. Die Dietiker Stimmbürgerinnen und Stimmbürger folgten unserer Argumentation und verwarfen die Vorlage. Wesentliche Gründe waren die fehlende gesetzliche Grundlage und die jährliche Belastung von mindestens 413 000 Franken in einer Gemeinde mit dem kantonal höchsten Steuerfuss von 122 Prozent.

Unklar waren zudem die Position der Sozialarbeiter innerhalb der Schulorganisation und der fehlende Leistungsausweis. Viele Fragen blieben offen, wie diejenige, was die Schulsozialarbeiter während den 13 Wochen Schulferien machen.

Fazit: Die Dietiker Stimmbürger sind klar der Meinung, Schülerinnen und Schüler sollen unterrichtet und nicht therapiert werden.

LESERBRIEFE

Regierung entmündigt den Bürger

Am Donnerstagabend haben Bürger und Bürgerinnen von Schönenberg und Hirzel über die Auflösung des Zweckverbandes «Betreibungs- und Gemeindeammannamt an der Sihl» abgestimmt. Eine unglaubliche politische Farce! In der behördlichen Weisung heisst es nämlich, dass der Regierungsrat dies so schon beschlossen hätte. Die Auflösung sei nötig, da der Zürcher Regierungsrat im Mai dieses Jahres die Betreibungskreise neu festgelegt habe. «Alle Versuche, den Zweckverband weiter betreiben zu können, blieben erfolglos», schrieb der Gemeinderat Schönenberg in seiner Weisung. Und auch Hirzel habe erfolglos gegen diese Änderung gekämpft, schreibt die ZSZ. Das heisst, das Resultat der Meinung der Bürger von Schönenberg und Hirzel ist bedeutungslos und hat gar keine Wirkung. «Der Regierungsrat hat beschlossen.» Das ist Entmündigung des Bürgers. Das Stimmrecht wird zur reinen Farce. Eine Kantonsregierung setzt sich in ungeheuerlichem Masse über die Rechte von Bürger und Bürgerinnen hinweg. Mit dem politischen Brecheisen werden zentralistische Ziele, wie wir sie aus der DDR gekannt haben, durchgesetzt. Jetzt fehlt nur noch der Mauerbau – rund um den regierungsrätlichen Hochsitz.

Felix Meier, Schönenberg ZH

Abstimmungsresultat der Minarett-Initiative

«Tyrannei der Mehrheit» titelte der «Tages-Anzeiger» am Montag nach dem Abstimmungsresultat der Minarett-Initiative. Viele andere Medien blasen ins gleiche Horn. Welche Grundhaltung haben Menschen im 2009, wenn sie demokratische Entscheide nicht akzeptieren und diese als Tyrannei bezeichnen?

Hannes Nussbaumer überschreitet eine unsichtbare Grenze, indem er nicht akzeptieren will, dass die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung seine Meinung nicht teilt. Scheinbar hätte er lieber, wenn die richtige; nämlich seine Meinung bestimmen würde, was im Schweizerland geschieht. Dass das gemeine Volk noch mitbestimmen kann, passt ihm scheinbar gar nicht. Die Elite der Medien, Regierung und der Parteien ist offenbar dazu verdammt, mit millionenschweren Kampagnien, Umfragen und Zeitungsartikeln das dumme Volk auf Kurs zu bringen. Gelingt es nicht; dann ist es Tyrannei. Als letzter Rettungsanker klammert man sich nun am Völkerrecht oder versucht, irgendeinen Widerspruch mit der Schweizer Verfassung zu konstruieren.

Weiter sieht Herr Nussbaumer gar in einer abenteuerlichen Herleitung die Rechtsstaatlichkeit als gefährdet. Er schlägt vor, dass Initiativen vor der Lancierung durch eine kompetente Regierungsstelle geprüft werden. So könnten nicht gewollte Initiativen schon frühzeitig verhindert werden.

Wir müssen uns fragen, wieso solche demokratiefeindlichen, falschen und selbstgefälligen Artikel vor dem Druck nicht geprüft werden. Warum Herr Nussbaumer aber gegen die Initiative war, scheint klar. Wo die Minarette hinzukommen haben, hat das Volk nicht zu sagen. Wenn in der Schweiz Volksentscheide nicht mehr umgesetzt werden, dann ist die Demokratie am Ende.

Adrian Wassmer, Luzern

Studien bestätigen jetzt:
85% aller Krankheiten
sind auf einen **ungesunden Schlafplatz** zurückzuführen!
Jetzt Schlafplatz testen lassen
Abklärung und Sanierung durch:
Geo-Klimatik, Tel. 044 821 33 15
30 Jahre Erfahrung / Garantie

IMPRESSIONEN AUS DEM WAHLKAMPF

Geschafft! Ernst Stocker in den Regierungsrat gewählt

ZB. Das Sekretariat der SVP des Kantons Zürich dankt den Sektionen und allen aktiven Mitgliedern ganz herzlich für Ihre Unterstützung während des vergangenen Wahlkampfs.

Keiner zu klein, Wahlhelfer zu sein: Der 10-jährige Urs aus Wädenswil beteiligte sich aktiv und hoch motiviert am Wahlkampf für Ernst Stocker.

Gratulation an Ernst Stocker

Der SVP ist es gelungen,
Ernst Stocker hat den Sitz errungen.
Die Bürger haben akzeptiert,
dass Ernst Stocker mitregiert.
Die SVP ist mächtig stolz,
auf diesen Mann aus gutem Holz.
Ernst lass dir gratulieren,
auch wir in Uster jubilieren.
Wir sind stolz, das ist klar,
dass unser Kampf erfolgreich war.
Lass von Gegnern dich nicht erschrecken,
denn das Amt es ist kein Zuckerschlecken.
Wir wünschen dir viel Kraft und Mut,
du machst das Amt ganz sicher gut.

Ruedi Gysi, Uster

Ihr Partner im Zürcher Unterland und Grossraum Winterthur
MICHELIN
MULTIBIB
• Breitreifen Serie 65
• für Schlepper bis 200 PS
• bodenschonend
NEU
Kleber
FITKER
• Breitreifen Serie 70
• starke Zugkraft
• hoher Fahrkomfort
PNEUHAUS WEGMANN
Pneuhaus Wegmann AG
Ringstrasse 2
8317 Tagelswangen
Tel. 052 343 11 68
Fax 052 343 67 32
info@pneuhaus-wegmann.ch

ES GILT DEN SCHWUNG AUSZUNÜTZEN

Ernst Stocker gewählt – und der Wahlkampf geht weiter

Am vergangenen Sonntag wurde Kantonsrat Ernst Stocker mit einem respektablen Ergebnis in die Zürcher Kantonsregierung gewählt. Der Vorsprung auf seinen Mitkonkurrenten Daniel Jositsch war beachtlich. Die SVP des Kantons Zürich freut sich über das Wahlresultat und gratuliert Ernst Stocker ganz herzlich zu diesem Erfolg.

GREGOR A. RUTZ
VIZEPRÄSIDENT SVP KT. ZÜRICH / PRÄSIDENT WAHLKOMMISSION

Den frischgebackenen Regierungsrat erwarten vielfältige Fragestellungen und Probleme. Wir sind froh, mit Ernst Stocker einen erfahrenen Exekutivpolitiker in der Regierung zu wissen, denn es ist wichtig, dass die Ziele und Lösungsvorschläge der SVP in diesem Gremium kompetent eingebracht werden.

Auch für die SVP und ihre Ortsparteien bedeutet dieser Wahlsieg neue Aufgaben. Nach dem erfolgreichen Wahlsonntag ist es mitnichten so, dass nun für die einzelnen Sektionen eine politische Pause eintreten würde – im Gegenteil: Nun gilt es, den Schwung auszunützen und den Wahlkampf für die Gemeindewahlen 2010 an die Hand zu nehmen. In diesen Tagen erhalten die Sektionen die neuen Plakate, welche aufgehängt werden müssen. Um die Kandidaten für die Gemeindewahlen vorzustellen und den Wählern näherzubringen, gilt es Stand- und Strassenaktionen zu organisieren. Und bald schon lanciert die SVP Schweiz zwei neue Volksinitiativen, für welche Unterschriften zu sammeln sind.

Der Regierungsratswahlkampf hat es gezeigt: Wer den längeren Atem hat, gewinnt letztlich. Trotz Standaktionen und Mobilisierungsmassnahmen bis zum 28. November, ist am 29. November lediglich jeder Zweite an die Urne gegangen.

Auch hier müssen wir versuchen, besser zu werden: Je mehr Wähler wir mobilisieren können, umso mehr Stimmen gibt es für die SVP.

Für den wichtigen Einsatz an der Front danken wir den Ortsparteien und allen Helfern recht herzlich und wünschen Ihnen eine aktive und engagierte Adventszeit!

STAATSVERSCHULDUNGEN NEHMEN BEDROHLICHE AUSMASSE AN

Sind auch ganze Staaten too big to fail?

Konsumieren auf Pump führt auf die Länge ins Elend. Offensichtlich haben die Regierungen die Lektion nicht verstanden. Die Problematik «too big to fail» könnte sich nach den Grossbanken bald auch für einzelne Staaten stellen. Der Anstieg der weltweiten Staatsverschuldungen nimmt ein bedrohliches Ausmass an. Zu den Spitzenreitern zählen nebst der USA und Japan auch Deutschland, Italien, Frankreich und Grossbritannien.

HANS KAUFMANN
NATIONALRAT SVP
WETTSWIL

Viele Grossbanken sind heute zu einer Bedrohung für einzelne Volkswirtschaften geworden, weil ein allfälliger Bankrott die Wirtschaft des Domizillandes mit in den Abgrund reissen könnte. Deshalb sind heute zahlreiche politischen Gremien daran, Rezepte zu erarbeiten, wie diese Gefahr für einzelne Länder reduziert werden könnte.

Die Palette der Disziplinierungsmassnahmen reicht von der Zerschlagung einzelner Banken bis zu Verstaatlichungen, von einer automatischen Umwandlung von Fremdkapital in Eigenmittel über Eigenmittel und Liquiditätsvorschriften bis hin zu neuen Steuern auf Kapitalmarkttransaktionen und zu einer Revision des internationalen Konkursrechtes. Die Problematik «too big to fail» könnte sich aber bald auch für einzelne Staaten stellen, denn die Kadenz mit der die Staatsverschuldung weltweit ansteigt, nimmt ein bedrohliches Ausmass an.

Deshalb wäre es wohl klüger, die Politik würde sich vorerst diesem Problem widmen. Es stellt sich insbesondere die Frage, wie hoch sich Staaten verschulden können, bis sie bankrott gehen und wie sich ein solcher Staatsbankrott auf die Weltwirtschaft auswirken wird. Kleine Länder können mit internationalen Hilfspaketen, sei es über den Internationalen Währungsfonds (IMF) oder durch bilaterale Hilfsgelder finanzstarker Staaten, vor einem Zusammenbruch gerettet werden. Wer soll und kann aber ein G-7- oder G-20-Land retten, wenn ein solches Land seinen Schuldenberg nur noch durch das Eingehen neuer Schulden verzinsen kann?

Es drohen Rekorddefizite

Wenn man die US-Staatsfinanzen beziehungsweise den präsidialen Finanzplan bis 2010 betrachtet, dann stellt man fest, dass heute knapp 7 Prozent der Staatseinnahmen für den Zinsendienst benötigt werden. Die Bruttoschulden von gegen USD 13 000 Mrd. machen heute 91 Prozent des BIP aus. Diese Schulden sollen in den nächsten 10 Jahren auf über USD 20 000 Mrd. ansteigen. Obwohl gleichzeitig eine Verdoppelung der Staatseinnahmen geplant ist, führt das Ausgabenwachstum zu beträchtlichen jährlichen Defiziten. Derzeit profitiert die USA von tiefen Zinsen. Sollten diese wie im Finanzplan vorgesehen von heute 0,2 Prozent für kurzfristige Darlehen bzw. 3,3 Prozent für 10-jährige Staatsanleihen auf 4,7 Prozent und 5,5 Prozent ansteigen, dann wird der jährliche Zinsendienst von heute USD 145 Mrd. auf USD 650–950 Mrd. ansteigen, was dannzumal 16 bis 22 Prozent der Staatseinnahmen entsprechen würde. Wenn die Staatseinnahmen sich nicht verdoppeln, wie dies Präsident Obama plant, dann werden die jährlichen Defizite und die Schuldenlast wohl noch höher ausfallen.

Noch schlimmer sieht es in Japan aus, obwohl dieses Land wenigstens nicht im gleichen Ausmass im Ausland verschuldet ist wie die USA, deren Staatsschulden heute zu gegen 30 Prozent von ausländischen Investoren, vorab in Asien, gehalten werden. Der Anteil der Auslandinvestoren an den Publikumsschulden beträgt sogar 47 Prozent. Die japanische Staatsverschuldung wird hingegen zu 95 Prozent von inländischen Anlegern gehalten. Dennoch ist die Situation auch in der zweitgrössten Volkswirtschaft der Welt alarmierend. Bereits heute wendet Japan rund 16 Prozent seiner Staatseinnahmen für den Zinsendienst auf. 2019 könnte dieser Anteil auf 32 bis 37 Prozent ansteigen. Dabei wird dieser Prognose nur ein leichter Zinsanstieg von heute 1,2 auf durchschnittlich 2 Prozent zugrunde gelegt. Gemessen am BIP wird die Staatsschuld von heute knapp 170 auf 200 bis 225 Prozent ansteigen.

Brisante Auslandschulden

Die Welt hat mit dem Umgang solcher Bedrohungen für den weltweiten Wohlstand ebenso wenig Erfahrung wie mit der Bewältigung des «too big to fail»-Problems grosser Finanzkonzerne. Wenn ein Staat in eine finanzielle Notlage gerät, dann spielt es zwar eine Rolle, wie bedeutungsvoll er ist und ob seine Regierung willens ist, mit der internationalen Staatengemeinschaft zu kooperieren, um einen Staatsbankrott zu verhindern. Aber selbst wenn der Wille zur Zusammenarbeit besteht, würde die Staatengemeinschaft bereits heute mit der Grösse der Schuldenprobleme einzelner Staaten überfordert. Immerhin machen die Staatsschulden der 12 grössten Schuldner gegen 90 Prozent der weltweiten Staatsverschuldung von über USD 40 000 Mrd. aus. Zu den Spitzenreitern zählen nebst der USA und Japan auch Deutschland, Italien, Frankreich und Grossbritannien. Viele dieser offiziellen Verschuldungszahlen berücksichtigen die unlängst erworbenen neuen Schuldenberge, wie z.B. im Falle der USA die Pfandbriefanstalten Fannie Mae und Freddie Mac, oder die nicht finanzierten Sozialwerke nicht. Die effektiven Staatsschulden dürften rund doppelt so hoch liegen wie die ausgewiesenen. Besonders brisant sind in Krisenzeiten Auslandschulden. Inklusive private Auslandschulden stellt man auch hier eine Konzentration auf 12 Länder fest, die zusammen rund 80 Prozent der Auslandverschuldung eingegangen sind. Während im Aussenverhältnis im Insolvenzfall wohl eine Konkursdividende bzw. eine Reduktion des Nominalwertes der Schulden, der Zinssätze oder eine Zwangswandlung von Fremdwährungsanleihen in Landeswährung im Vordergrund stehen, gefolgt von Abwertungen, Importrestriktionen, Verbot von Neugeldaufnahmen an den internationalen Kapitalmärkten usw. stehen im Inland Steuererhöhungen, Privatisierungen und der Abbau der Administration und der öffentlichen Leistungen an. Wenn ein Staat glaubt, mit einer Zwischenlagerung seiner Staatsschulden bei den Notenbanken über längere Zeit überleben zu können, dann pokert er hoch. Eines Tages werden die Leute nicht mehr bereit sein, dieses Papiergeld tel quel zu akzeptieren, weil sie Inflation befürchten. Es werden Parallelwährungen entstehen, indem das inländische Geld durch Naturalien, Edelmetalle oder Fremdwährungen ersetzt wird. Endstation wäre eine Währungsreform, die zwar zu einem Neuanfang, aber auch zu einer Verarmung der Bevölkerung führen würde, denken wir nur an die Altersvorsorge, die zu einem Grossteil in Nominalwerten, d.h. Schulden des Staates angelegt ist.

Auswirkungen auf die Renten

In einer ersten Phase werden die Staaten versuchen, politischen Druck auf ihre Notenbanken auszuüben, damit diese Staatsanleihen aufkaufen und die Zinsen tief halten. Wohin eine solche Politik führen kann, hat Japan sichtbar vordemonstriert. Konkret musste dieses Land im Jahre 2004 angesichts ausreichender Zinserträge der Pensionskassen eine Revision der staatlichen Altersvorsorge in Angriff nehmen, wobei die Regierung sich zum Ziele setzte, das Pensionskassensystem mit einer «makroökonomischen Indexierung» umzugestalten, damit es für die nächsten 100 Jahre nachhaltig gesichert sei. Drei Massnahmen standen dabei im Vordergrund. Erstens wurde die Leistung von 62 Prozent des letzterzielten Lohnniveaus auf 50 Prozent reduziert. Die Beiträge von 13,6 Prozent (2004) sollen bis 2017 auf 18,3 Prozent erhöht werden und die Staatsbeiträge sollen ab Fiskaljahr 2009 von einem Drittel auf 50 Prozent angehoben werden. Dies bedeutet, dass vermehrt auch Steuergelder dafür eingesetzt werden. Das Rentenalter wird für Männer bis 2025, für Frauen bis 2030 von heute 60 Jahren auf 65 Jahre angehoben und. Wenn dies nicht ausreicht, sind weitere Anhebungen des Rentenalters möglich. Weitere Massnahmen zielen darauf ab, das Arbeitsangebot zu erhöhen. So möchte man die Zweitverdiener pro Haushalt von Pensionskassen-, Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen befreien. Die bisherigen Einkommenslimiten für die Beitragspflicht haben dazu geführt, dass Zweitverdiener ihre Arbeitstätigkeit so eingeschränkt haben, dass sie unter dem Beitragsschwellenwert blieben. Auch Zinsmanipulationen helfen längerfristig nicht, die Schuldenwirtschaft von Staaten zu vertuschen. Früher oder später werden die Folgen spürbar werden, allenfalls in Form von geringeren Renten.

Verhängnisvolles Konsumieren auf Pump

Abwertungen können die internationale Wettbewerbsfähigkeit einzelner Länder wieder verbessern und Wirtschaftswachstum erzeugen, das zu höheren Staatseinnahmen führt. Schwieriger wird es für Länder, die in einem Währungsverbund wie dem Euro zusammengeschlossen sind. Diese Länder können nicht abwerten. Die Finanznot einzelner Staaten wird sich deshalb in hohen Risikoprämien an den Zinsmärkten niederschlagen, womit die Wirtschaft schwer belastet wird.

Die Einheitswährung, die im Moment für einige Euro-Länder noch als Segen erachtet wird, könnte sich schon bald als Bumerang erweisen. Die Lehre aus der Finanzmarktkrise war eigentlich die, dass Konsumieren auf Pump auf die Länge ins Elend führt. Offensichtlich haben die Regierungen die Lektion nicht verstanden.

Th. Gut Verlag Buchverlag der Zürichsee Presse AG

Format 15,5 x 22,5 cm, 184 Seiten
5 Grafiken, Pappband
Fr. 39.–
ISBN 978-3-85717-206-9

Richard Wengle

Kurskorrektur für die Schweizer Politik

Seit Jahren steuert unser Land einen Mitte-Links-Kurs. Nicht radikal, aber stetig. Fast unbemerkt verengen sich unsere Freiräume. Ein paar Regulierungen hier, ein Bündel Merkblätter dort, bibliothekenweise Verwaltungspraxis, alles gut gemeint. – Das ruft nach einer Kurskorrektur. Das vorliegende Buch stellt zur Diskussion, wo sie ansetzen soll, wenn unsere Nachkommen auch im 21. Jahrhundert noch eine prosperierende Schweiz geniessen wollen.

Ein Buch, das aufrüttelt. Der Autor zeigt anhand anschaulicher Beispiele, dass Prosperität im stets härteren internationalen Wettbewerb nur durch Leistung, Offenheit für Neues, Wissen und Können erreicht werden kann. Auch wenn man nicht all seine Ansichten teilt, dieses Buch sollte Pflichtlektüre für Parlamentarierinnen und Parlamentarier jeglicher Couleur sein.

Hans Hofmann, ehem. Ständerat und Regierungsrat

Vom gleichen Autor:
– Die politischen Kosten eines EU-Beitritts, 1992 und 2001
– EWR, kritisch durchleuchtet, 1992

Bestellschein

_____ Ex. **«Kurskorrektur für die Schweizer Politik»**
Richard Wengle
à Fr. 39.– plus Versandkostenanteil

NAME/VORNAME: _____

STRASSE: _____

PLZ/ORT: _____

Bestellungen an:
Th. Gut Verlag, 8712 Stäfa, Tel. 044 928 52 11, Fax 044 928 52 00,
E-Mail: gutverlag@zsz.ch, oder in Ihrer Buchhandlung

Fadegrad

Abstimmungswochenende in der Stadt

VON ROLF A. SIEGENTHALER

«Der Ausländerbeirat der Stadt Zürich ist über das Abstimmungsergebnis bezüglich des Baus von Minaretten in der Schweiz besorgt.» Die SVP hat ein Abstimmungswochenende gewonnen. Selbstverständlich ist damit der Untergang des Abendlandes verbunden. Das Volk war vermutlich zu wenig gut orientiert oder hatte «diffuse Ängste», die von Volksverhetzern ausgenutzt wurden. Wir kennen das Muster linker Anwürfe. Das Volk ist nur dann klug, wenn es links stimmt oder wählt. Glücklicherweise ist das dummes Zeug und glücklicherweise leben wir in einer Demokratie, in der das Volk das Sagen hat und nicht Beiräte. Aus Stadtzürcher Sicht dürfen wir aber die Fahne nicht zu hoch hängen. Hätte die Stadt entschieden, wären die Kommentare ganz anders ausgefallen. Daniel Jositsch wäre Regierungsrat und die Minarett-Initiative wäre abgelehnt worden. Ernst Stocker verlor nur in einem Bezirk des Kantons: der Stadt Zürich mit 29 562 Stimmen gegen die 47 189 von Daniel Jositsch. In den meisten Kreisen verlor Stocker klar. Am knappsten war es in Schwamendingen, wo Jositsch lediglich vier Stimmen Vorsprung hatte. In den Kreisen 9 und 11 fehlten etwa 1000 Stimmen, ansonsten erreichte Jositsch von 2000 bis zu 3500 Stimmen Vorsprung. Das Phänomen der FDP-Kreise 7 und 8 kennen wir: Jositsch 7503, Stocker 5286. Betrachten wir die Minarett-Initiative, so wird deutlich, dass diese Ernst Stocker nicht geholfen hat. Er hatte sich ja auch mehrfach vom Verbot von Minaretten distanziert. Die Beteiligung bei der Wahl (76 701) lag deutlich unter derjenigen der Minarett-Initiative (112 852). Vergleichen wir die Ja-Stimmen der Minarett-Initiative (41 008) mit dem Resultat von Ernst Stocker (29 562) so bestätigt sich die Vermutung, dass Ernst Stocker nicht von der Grundwelle des Protestes profitierte. Allerdings ergibt der Vergleich der Nein-Stimmen der Minarett-Initiative (71 844) zur Stimmenzahl von Daniel Jositsch (47 481), dass auch auf linker Seite keine Verknüpfung von Wahl mit Abstimmung gelungen ist. Wir kennen das Muster. Bei Exekutivwahlen hat die SVP in der Stadt Zürich keine Chance. Bei politischen Anliegen ist das nicht von vorneherein klar. Zwar wurde die Minarett-Initiative in der Stadt mit 63,7 Prozent Nein deutlich abgelehnt, aber in Schwamendingen wurde sie mit 55,2 Prozent Ja angenommen und in den Kreisen 9 mit 48 Prozent und 11 mit 46,6 Prozent Zustimmung war es relativ knapp. Die 36,3 Prozent Ja-Stimmen dürfen als latentes SVP-Potenzial verbucht werden. Schwamendingen mit seinem hohen Ausländeranteil hat die Initiative angenommen, was das Argument entkräftet, nur wer den Islam nicht kenne, habe zugestimmt. Per Saldo hat Ernst Stocker mit 38,54 Prozent in der Stadt ein sehr gutes Resultat erzielt, besser als die Zustimmungsrate bei der Minarett-Initiative. Wir wollen hoffen, dass die 36 Prozent bei den Gemeinderatswahlen an uns denken.

SOZIALPOLITIK DER SVP

Es braucht Sozialhilfe – aber sie muss sinnvoll sein

Die Wahlplattform der SVP Stadt Zürich 2010–2014 mit dem Titel «Bürgerliche Politik» befasst sich auch mit Sozialpolitik. Die SVP der Stadt Zürich vertritt eine klare Linie stellt dabei unmissverständliche Forderungen.

SVP Stadt Zürich. Wer unverschuldet in Not gerät, kann sich auf die Gesellschaft verlassen. Die Leistung der Allgemeinheit soll Hilfe zur Selbsthilfe und zu eigenverantwortlicher Lebensführung sein. Sie ist damit nicht ohne Gegenleistung zu leisten, wenn die unterstützte Person dazu in der Lage ist. Die Hilfe ist ausserdem nicht höher als ein tiefer Lohn. Ausländer, die nicht mehr aus der Sozialhilfe herausfinden, müssen das Land verlassen.

Die Finanzierung der Soziahilfe muss gesichert sein. Bei guter Wirtschaftslage müssen Reserven gebildet werden. Das Budget soll auf 5 Jahre hinaus ausgeglichen sein.

Linke Fehler

Über Jahre wurde die Sozialhilfe in der Stadt Zürich äusserst grosszügig ausgeschüttet ohne Rücksicht darauf, dass die dafür benötigten Mittel dem Staat von den Steuernzahlern zur treuhänderischen Verwendung überlassen werden.

Man nahm keine Rücksicht darauf, dass für Ausländer aus bestimmten Ländern das Leben von der Sozialhilfe im Vergleich zu den Bedingungen in ihren Heimatländern attraktiv ist und daher kein Anreiz zu einer Arbeitstätigkeit besteht. Es gab keine nennenswerte Gegenleistung der Sozialhilfebezüger und es fehlte jede griffige Kontrolle.

Druck der SVP

Auf Druck der SVP und durch das eklatante Versagen des rotgrünen Systems konnte eine gewisse Verbesserung der Situation herbeigeführt werden. Es sollen Sozialdetektive tätig werden und von den Sozialhilfebezügern werden vermehrt Gegenleistungen und Kooperation verlangt. Ohne das beherzte Engagement der SVP wäre dies nicht möglich gewesen. Es sind jedoch weitere Verbesserungen notwendig.

Die Hilfesuchenden werden konsequent nicht als Sozialhilfebezüger bezeichnet, was sie indes sind. Vielmehr werden sie beschönigend als «Klienten» bezeichnet. Wer jedoch als Klient bezeichnet wird, wird sich über kurz oder lang entsprechend aufführen und statt einer Leistungs- eine Anspruchshaltung an den Tag legen.

Es braucht Sozialhilfe

Die SVP ist überzeugt, dass Menschen, die unverschuldet in Not geraten, darauf vertrauen dürfen, dass der Staat ihnen hilft, wieder auf die Beine zu kommen und sie nicht der Verelendung preisgibt. Diese Hilfe soll jedoch nur vorübergehend sein und die Unterstützten darauf vorbereiten, wieder aus eigener Kraft in den Wirtschaftsprozess einzusteigen. Dazu ist es unerlässlich, sie auf die wirtschaftliche Realität, in welcher für eine Leistung stets eine Gegenleistung verlangt wird, vorzubereiten und eigenverantwortliches Handeln zu stärken. Es kann nicht Aufgabe des Staates sein, in der Sozialhilfe die Armut zu verwalten.

In der Sozialhilfe sind überproportional viele Ausländer anzutreffen, die zum Teil die deutsche Sprache nicht kennen und sich nicht um eine Integration bemühen. Es kann indes nicht Aufgabe des Staates sein, Ausländer zu unterhalten, die sich in der Sozialhilfe einrichten, weil die staatlichen Leistungen deutlich das Niveau übertreffen, welches die Bezüger in ihrer Heimat erwirtschaften könnten.

Forderungen der SVP

Die Sozialhilfebezüger akzeptieren die Sitten und Gebräuche in der Schweiz. Lebt der Bezüger im Ausland, wird die Kaufkraft dieses Landes berücksichtigt.

Es wird für die geleistete Sozialhilfe eine Gegenleistung erwartet. Die Unterstützten bemühen sich nach ihren Kräften selbst zur Wiedereingliederung und sind gewillt, eine Stelle zu suchen und auch zugewiesene Stellen anzunehmen; auch Hilfsarbeiten und solche, die den Bezügern fremd sind.

Missbrauch wird bekämpft. Bei Verdacht auf strafbare Handlungen ist konsequent Anzeige zu erstatten. Die Stadt muss deshalb Sozialdetektive anstellen, welche vom Sozialdepartement unabhängig sind und auch stichprobenweise unangemeldete Kontrollen durchführen.

Die Stadt macht Druck auf die SKOS: Die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) soll die Richtlinien so anpassen, dass die Sozialhilfebezüger gegenüber den Niedrigverdienenden, welche zudem Steuern bezahlen, nicht besser gestellt werden. Ein Leben von der Sozialhilfe darf nicht einträglicher sein als ein Lohn. Alle Bemühungen der Sozialbehörde müssen zum Ziel haben, die Sozialhilfebezüger wieder in den ersten Arbeitsmarkt zurückzuführen.

Die Hilfe besteht wo immer möglich aus Sachleistungen und Gutscheinen, nicht aus Bargeld. Auszahlungen von Sozialhilfeleistungen fliessen direkt an den End-Empfänger und nicht in bar an den Sozialhilfebezüger. Dies betrifft insbesondere Miet-Zuschüsse, Versicherungen, Arztrechnungen und Ähnliches. Sozialhilfeempfänger dürfen während der Zeit ihrer Fürsorgeabhängigkeit keine Fahrzeuge mieten, besitzen oder kaufen. Während der Bezugszeit müssen Sozialhilfebezüger den Fahrausweis deponieren. Ausnahmen können bewilligt werden, wenn das Auto zum Erzielen eines Lohns und damit zur Senkung der Sozialhilfe führt. Auch für Gehbehinderte sind Ausnahmen möglich.

Das zuständige Sozialamt erhebt sämtliche Leistungen eines Sozialhilfebezügers und weist die Brutto-Hilfe (monetär und geldwert) aus.

Sozialhilfeempfänger ermächtigen das Sozialamt, Daten mit anderen Ämtern abzugleichen, insbesondere mit Krankenkasse, der AHV/IV, den Steuerämter, der Fremdenpolizei, den Vormundschaftsbehörden und der Strafverfolgung.

Die Stadt macht mit Beschäftigungsprogrammen dem Gewerbe keine Konkurrenz.

Sozialpolitik der SVP

Wer unverschuldet in Not gerät, kann sich auf die Gesellschaft verlassen. Die Leistung der Allgemeinheit ist Hilfe zur Selbsthilfe. Wen die Gesellschaft unterstützt, der erbringt nach seinen Möglichkeiten eine Gegenleistung. Die Hilfe ist nicht höher als ein tiefer Lohn. Die Sozialwerke sind schlank und ihre Finanzierung wird gesichert. Ausländer, die nicht mehr aus der Sozialhilfe herausfinden, müssen das Land verlassen.

INKORREKTES AUFLAGEVERFAHREN

Die wundersame Wandlung eines Strassenbauprojekts

Aus der guten Absicht «Mitwirkung der Bevölkerung» bei einem Strassenbauprojekt an der Schweighofstrasse (Abschnitt Döltschiweg) ist eine mutwillige «Täuschung der Bevölkerung» durch die rot-grüne Stadt Zürich geworden.

ROLAND SCHECK
VORSTANDSMITGLIED
SVP STADT ZÜRICH

Im März 2008 wurde in der Stadt Zürich das Strassenbauprojekt Schweighofstrasse Abschnitt Döltschiweg bis Friesenbergstrasse nach Art. 13 Strassengesetz aufgelegt. Die Projektauflage nach Art. 13 Strassengesetz wird als «Mitwirkung der Bevölkerung» bezeichnet und hat zum Ziel, der Bevölkerung Gelegenheit für eine Stellungnahme in Form einer Einwendung zu geben. Das damalige Projekt Schweighofstrasse sah vor, auf dem Abschnitt Döltschiweg bis Friesenbergstrasse nebst allgemeinen Aufwertungsmassnahmen den Strassenbelag sowie die Werkleitungen zu erneuern. Die heute vorhanden blauen Parkplätze sollten geringfügig reduziert, jedoch an ihrem heutigen Standort belassen werden.

Zurzeit läuft auf dem Tiefbauamt der Stadt Zürich die öffentliche Planauflage gemäss Art. 16 und 17 Strassengesetz zum Strassenbauprojekt Schweighofstrasse Abschnitt Döltschiweg bis Friesenbergstrasse. Dabei ist festzustellen, dass sich das Projekt seit März 2008 fundamental geändert hat. Neu sollen alle Parkplätze auf dem Abschnitt Döltschiweg bis Friesenbergstrasse zu Gunsten eines Radweges aufgehoben werden. Die Parkplätze werden in den Döltschiweg verlegt und dort als horizontale Versätze angeordnet. Mit den Parkplätzen werden künstliche Strassenverengungen geschaffen, so dass an den auf 3.80 m verengten Stellen das Kreuzen zweier Fahrzeuge nicht mehr möglich sein wird.

Fundamentale Veränderung des Projekts

Nach Aussage des Tiefbauamtes wurde der Radweg zum Zeitpunkt der Projektauflage nach Art. 13 (Mitwirkung der Bevölkerung) in der Planung vergessen. Nachdem der Fehler erkannt wurde, hat das Tiefbauamt den Radweg nachträglich in das Projekt aufgenommen und zur Kompensation des zusätzlichen Verkehrsflächenbedarfs entschieden, alle Parkplätze aufzuheben und in den Döltschiweg zu verlegen. Das Projekt wurde also fundamental verändert, auf eine Neuauflage nach Art. 13 jedoch verzichtet. Im aktuellen Projektbeschrieb, der derzeit auf dem Tiefbauamt aufgelegt ist, wird die nachträgliche Modifikation des Projekts mit keinem Wort erwähnt. Der Projektbeschrieb ist weitestgehend identisch mit demjenigen des Mitwirkungsverfahrens im März 2008, die dazugehörigen Pläne hingegen sind neu.

Die SVP wehrt sich nun gegen das Vorgehen der Stadt Zürich. Aus der guten Absicht des Art. 13 «Mitwirkung der Bevölkerung» ist eine mutwillige «Täuschung der Bevölkerung» durch die rot-grüne Verkehrspolitik der Stadt Zürich geworden. Die SVP fordert eine korrigierte Neuauflage des Strassenbauprojekts nach Art. 13 sowie im Folgeschritt Art. 16 & 17, in der auch die Strassenraumumgestaltung des Döltschiwegs klar deklariert wird. Zusätzlich macht die SVP die direktbetroffenen Anlieger dieser Strassenzüge in einem Schreiben auf das inkorrekte Auflageverfahren aufmerksam und weist auf das Recht zur Einsprache gegen das Strassenbauprojekt Schweighofstrasse hin. Der letzte Tag der Einsprachefrist ist der 7. Dezember 2009.

LESERBRIEFE

Waterloo der Meinungsforscher

Das Abstimmungsergebnis über die Minarett-Initiative ist ein Mega-Debakel für die Zunft der Demoskopen und ein Beispiel dafür, dass politische Situationen schwer vorherzusagen sind. Bei den Umfragen in den letzten Tagen vor der Abstimmung sah alles nach einer Patt-Situation aus – und dann am Wahlabend die ganz grosse Überraschung. Paar Tage vor dem Abstimmungssonntag haben sich viele unentschlossene Frauen und Jugendliche mit der Initiative solidarisiert und daher auch die grosse Überraschung am Sonntagabend. Das Abstimmungsergebnis ist Ausdruck einer Angst vor einer weiteren Islamisierung unseres Landes. Bei den Gegnern der Initiative war das nur in geringem Umfang der Fall. Bürgernähe hat bei dieser Abstimmung einmal mehr die Wählerschaft des Stadtkreises 12 (Zürich-Schwamendingen) bewiesen. Als einziger Stadtkreis hat es die Initiative mit 55,2 Prozent angenommen.

Walter Egli, Zürich

Krisenbewältigung des Bundesrates

Was das «normale» Volk spätestens seit diesem Frühling bereits wusste, wird jetzt vom Bundesrat als Problem bezeichnet. Wie blauäugig ist doch Doris Leuthard. Sie nahm an, dass in einer Wirtschaftskrise die Leute aus dem EU-Raum freiwillig ihre Koffer packen und fluchtartig unser Land verlassen würden. Nichts davon ist geschehen und dies wird sich auch in naher Zukunft nicht ändern. Im Mai hatte es die Regierung in der Hand, die Notbremse via Ventilklausel zu ziehen. Doch die Wirtschaftslobby sowie die Sozialdemokraten waren auf einem Auge blind. Die Wirtschaft, weil sie nur den Gewinn sowie billige Arbeitskräfte vor Augen hatte, und die Sozialdemokraten, weil sie bei ihrer Klientel nicht unglaubwürdig erscheinen wollte. Wenn Frau Leuthard jetzt über die Ventilklausel, die übrigens schon längstens von der SVP gefordert wurde, laut nachdenkt, gibt sie indirekt zu, die Ängste des «normalen Bürgers» sträflich ignoriert zu haben.

Helmut Kiesalter, Zürich

Chlaus-Träffe der SVP Zürich 11

Samstag, 5. Dezember 2009, 19.30 Uhr,
Restaurant Unterdorf, Blumenfeldstr. 103, 8046 Zürich

Der Samichlaus und der Schmutzli kommen vorbei. Auch die beiden Stadtrats-Kandidaten sind eingeladen. Wir freuen uns, wenn auch Sie kommen und mit uns feiern.

Anmeldungen an:
SVP Zürich 11, Daniel Regli, Kornamtsweg 8, 8046 Zürich
svp.zh11@bluewin.ch

WUCHEMÄRT

WOCHE FÜR WOCHE AKTUELL

ZU VERKAUFEN

VW Golf Highline, Mod. 2003, silbermet., 155 000 km, frisch ab Kontrolle, Radio/CD/Tonband, 8-fach bereift, Alufelgen, Fr. 11 900.– (WIR-Anteil Fr. 7000.–), Tel. 079 355 11 89.

Immobilien: Möchten Sie Ihre Liegenschaft verkaufen? Ein unverbindliches Gespräch gibt Ihnen die Gewissheit, ob ich für Sie der optimale Partner bin. Ich freue mich auf Ihren Anruf, Telefon 079 680 99 35.

Mais-Siloballen ab Platz oder geliefert, Kanton Zürich. Tel. 076 533 18 03.

Deutz Agrofarm 430 mit FH und FZ, Rasentraktor MTD, Fr. 1300.–; **Rasenmäher,** Spezialpreis, Tel. 079 359 85 16.

Splittstreuer Vicon für Traktor, Chromstahlauskleidung, Fr. 500.–, Telefon 079 640 07 61.

3-Schar-Pflug OTT non Stop, Fr. 900.–; **Schwadler,** 2,50, Fr. 400.–; **Kulturegge Griesser,** 2,5 m, Fr. 100.–; **alte Obstmühle,** Fr. 250.–, Telefon 052 318 14 17.

Subaru-Lagacy 4CAM2.5, Jg. 98, 130 000 km, Farbe grün, 8-fach bereift, Fr. 6950.–, ab Garage mit Service, Tel. 079 689 01 25.

4 Kompletträder mit Winterbereifung für Lupo 3 L, Dunlop Sport M2, 155/65 R14, Reifen praktisch neu. Daniel Jost, Husackerstr. 8, 8309 Nürensdorf, Tel. 079 826 81 45.

Advents-Christbäume, selber schneiden, Samstag, 28.11/12./19.12.09, 9.00 bis 15.30 Uhr, Ort: Strasse Kollbrunn-Elgg, zirka 800 m ausgangs Waltenstein. Tel. 044 750 18 78.

Joya und kyBoot sind die weichsten Schuhe der Welt. Beim Vorweisen des Inserates offerieren wir Ihnen 10% Rabatt. Schuhhaus Ryser, Bankstr. 4, 8424 Embrach (www.schuhhaus-ryser.ch), Tel. 044 865 09 90.

Bodenhacke «Einhell», einmal gebraucht, Garantie bis 2012, Neuwert Fr. 279.–, VP Fr. 190.–; **Nussbaumbretter,** 9 Stück, Länge 2 m, luftgetrocknet, Dicke 3 cm, dem Meistbietenden, Telefon 044 813 00 49.

Förderband Gummi, 5 m, zirka 300 **Vorkeimharassen; Dieseltankauffangwanne** 1500 l, Tel. 052 315 40 19.

Zweischarpflug Kverneland; **Heurüstmaschine** Lanker Kleinmodel; **Heuschrotmaschine** S+M; **elektr. Viehschermaschine; Milchwärmer.** Christian Hofmann, Billikon 2, 8314 Kyburg, Tel. 052 232 56 34.

Milchzentrifuge elecrem, 10 l und elektrische **Buttermaschine** Häka 7 l, **div. Käseformen**. 052 318 18 20 / 079 563 11 38.

ZU KAUFEN GESUCHT

Achtung! Zahle **Höchstpreise** für alle **Autos.** Komme bei Ihnen vorbei. **044 822 26 11.**

BAULAND: Für die Arbeitsauslastung unserer treuen 140 Mitarbeiter und zur Realisierung von Wohnbauprojekten suchen wir Bauland. Marco Bereuter garantiert Ihnen eine speditive und kultivierte Abwicklung. **BEREUTER AG,** Schützenstrasse 55, 8604 Volketswil, Tel. 043 399 33 00.

GESUCHT: **Bauland für 3-Familien-Haus.** Schweizer Familie, 2 Generationen, sucht Bauland für eine 3-Familien-Haus. E-Mail: karin.reust@bluewin.ch

Silbergeld, Münzensammlungen, Silbermedaillen, Barzahlung, Tel. 079 757 64 18, www.silbergeld@gmx.ch.

Milchkühlanlage, 800 l, Top-Zustand oder **Eiswasseranlage,** 044 935 22 01.

GESUCHT

Bitte bringen Sie Ihre Pistole nicht zur Vernichtung mit dem Schredder. Unser Verein kann sie gut gebrauchen und ist froh darüber. Wir holen sie auch gerne bei Ihnen zu Hause ab. Pistolen- und Revolverschiessverein Hausen a.A., Kontakt: J. Pfiffner, Tel. 044 764 07 61.

SVP-NETZWERK

SVP-Fotograf Christian Mettler steht auch Ihnen für Aufträge gerne zur Verfügung. Telefon 079 689 29 71. E-Mail: cmettler@hispeed.ch

ZU VERSCHENKEN

5 Barhocker, schwarz; **1 Tisch; 6 Stühle, neuwertig,** Tel. 079 566 12 86.

2 Brückenwagen; Lanker Heuabladegebläse, 10 PS; **Heubelüftung,** 7,5 PS; **Silomaisabladegebläse,** Tel. 044 813 35 74.

STELLEN-ANGEBOTE

Maschinenring sucht **motivierte Leute,** die anpacken können, Raum Kanton Zürich für Landwirtschaft, Gartenbau, Bau, wochenweise oder länger, Tel. 055 251 41 41.

FREIZEIT/KONTAKTE

Landwirt, 60, 175, schlank mit Bart, verschenkt sein einsames Herz an liebe schlanke Frau. Tel. 079 557 24 51.

DIENSTLEISTUNG

Ein schöner Garten ohne viel Aufwand geht nicht? Geht doch! Die all4green GmbH installiert und wartet Bewässerungssysteme, Rasenroboter und Regenwasseranlagen. Interessiert an einer kostenlosen Offerte? Weitere Infos finden Sie unter www.all4green.ch. all4green gmbh, Christian Braunwalder, Im Tobel 4, 8340 Hinwil-Hadlikon, Tel. 044 260 11 33.

Restposten-Weinverkauf ab Hof oder Hauslieferung! Fam. J. Schneider, 8453 Alten, Tel. 052 317 16 47.

Professionelle und preiswerte **Homepages** für kleine Unternehmen, www.reber-design.ch.

www.alarmanlagenberatung.ch

IMMOBILIEN

Zu verkaufen in **Vals** im Haus Zervreila **renoviertes Studio.** Nähere Infos unter Tel. 044 221 11 12, Di–Fr. 9.00 bis 18.00 Uhr.

DIVERSES

Gehen Sie ins Altersheim? Wohnungsräumungen gratis oder Kauf des gesamten Inventars. Tel. 079 667 79 82.

IHR INSERAT FÜR DEN WUCHEMÄRT

Zürcher Bauer Der Zürcher Bote

Sie suchen etwas Spezielles oder möchten sich schon lange von einem Gegenstand trennen? Fehlt Ihnen eine Begleitung zum Wandern oder Jassen? Inserieren Sie einfach und unkompliziert: Füllen Sie den Coupon aus und retournieren Sie ihn mit dem passenden Barbetrag.

3 Zeilen à 35 Anschläge (total 105) für nur Fr. 20.– inkl. MWSt

6 Zeilen à 35 Anschläge (total 210) für nur Fr. 40.– inkl. MWSt

Wählen Sie bitte die gewünschte Rubrik

- zu verkaufen
- zu verschenken
- zu kaufen gesucht
- zu vermieten
- Freizeit/Kontakte
-

Anzahl der Erscheinungen ____mal

Name

Vorname

Strasse

PLZ/Ort

Telefon

E-Mail

Einsenden an: «Zürcher Bauer/Der Zürcher Bote», Inserate, Herbert Keller, Seestrasse 95, 8800 Thalwil.

Einsendeschluss: jeweils am Dienstag für die Ausgabe vom Freitag.

Leider können wir nur Inserate veröffentlichen, für die der korrekte Betrag beiliegt. Besten Dank für Ihr Verständnis

ZU MIETEN GESUCHT

Suche trockene **Winterabstellplätze** für grössere Segelboote in Bezirken Meilen, Uster, Bülach, Pfäffikon, Winterthur. W. Bachmann, Klimmwg 36, 8305 Dietlikon, Tel. 044 833 55 22 / 079 729 26 64, sailcom-wbachmann@glattnet.ch

Wenn Ihnen Ihre Cholesterinwerte wichtig sind: gesunde Ernährung, ausreichende Bewegung und *Bios Life®*

Cholesterin

Unser pat. Produkt aus rein natürlichen Stoffen! In über 30 Ländern Millionen zufriedener Kunden! S.S. aus D: „Mein LDL sank in 5 Wochen von 7.4 auf 5.1!“

Rufen Sie uns jetzt an!

slimconcept **079 882 84 34**

ZÜRCHER BOTE/BAUER RÄTSELSPASS

DAS KÖNNEN SIE GEWINNEN:

50 FRANKEN Reka-Checks

Der Reka-Check – das touristische Zahlungsmittel

Reka-Checks sind ein Zahlungsmittel für touristische Leistungen in der Schweiz. Rund 7000 Annahmestellen in der Schweiz im Bereich Ferien, Freizeit und Reisen akzeptieren Reka-Checks wie Bargeld.

So können Sie gewinnen!

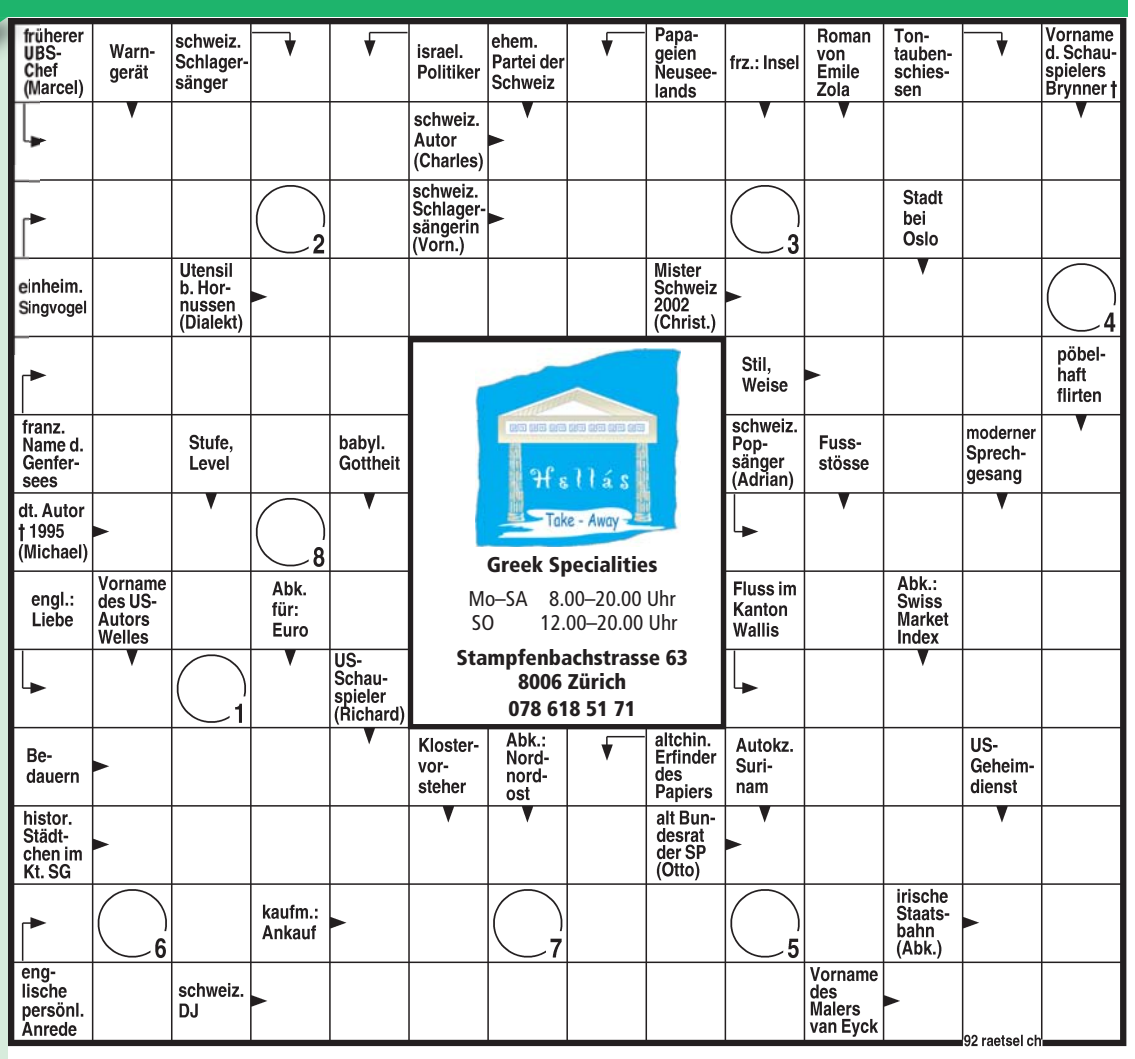
Senden Sie an die unten stehende Adresse eine frankierte Postkarte mit dem Lösungswort und der Ausgabenummer. **Einsendeschluss ist Mittwoch, 9. Dezember 2009:**

Zürcher Bote/Bauer
Wochenrätsel
Seestrasse 95
8800 Thalwil

Über das Gewinnspiel wird keine Korrespondenz geführt.
Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Der Gewinner aus Nr. 46/09
Lösungswort: Astgabel
Gewinner: M. Fischer, Zürich

Schwedenrätsel
Das Lösungswort ergibt sich, wenn Sie die Buchstaben aus den nummerierten Kästchen in die Lösungsfelder übertragen.



1	2	3	4	5	6	7	8

Lösungswort Woche 49/09

Wöchentliche Fernsehsendung mit Christoph Blocher

Abgew. Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Ackeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehsendung wird jeweils am Samstagnachmittag ab 14.00 Uhr im Internet auf www.teleblocher.ch übertragen.

SVP-KANTONSRATSFRAKTION

Kantonsrat / Fraktion
Montag, 7. Dezember 2009, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Haue.

SVP-STAMM

Bezirk Bülach / Embrach
Jeweils am letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Horgen / Oberrieden
Jeden 3. Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Bar Galerie zur Zinne, Oberrieden.

Bezirk Meilen / Männedorf
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Restaurant Widenbad, Männedorf (ausgenommen August).

Bezirk Pfäffikon / Illnau-Effretikon
Jeden ersten Montag im Monat, 18.30 bis 20.00 Uhr, Restaurant Rössli, Illnau, U30-Stamm (Jahrgang 1977 und jünger).

Jeden Gemeinderatsdonnerstag, 17.00 bis 19.00 Uhr, Donnerstagsapéro, QN-Bar, Effretikon.

Bezirk Pfäffikon / Weisslingen
Jeweils am letzten Samstag im Monat, ab 10.30 Uhr, Nöggis Bierhanä, Neschwil.

Bezirk Uster / Uster
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Landgasthof Puurehuus, Wermatswil.

Bezirk Winterthur / Altstadt, Mattenbach, Veltheim und Töss
Jeweils am letzten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, in der Café Bar Lifestyle, Schaffhauserstrasse 64, Winterthur.

Bezirk Winterthur / Elgg
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Eintracht, Elgg.

Bezirk Winterthur / Seuzach
Jeden ersten Sonntag im Monat, ab 10.00 Uhr, Restaurant Bernergüetli, Seuzach.

Stadt Winterthur / Seen
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Kafi Burehus, Winterthur-Seen.

Stadt Winterthur / Wülflingen
Jeweils Samstagmorgen, ab 11.00 Uhr, Restaurant Hirschen, Winterthur-Wülflingen.

Stadt Zürich / Kreis 3
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Falcone, Birmensdorferstrasse 150, Zürich-Wiedikon.

Stadt Zürich / Kreis 6
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Neubühl, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 11
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Felsenberg, Felsenrainweg 19, Zürich-Seebach.

Stadt Zürich / Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Ziegelhütte (Ende Hüttenkopfstrasse, Zürich).

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Horgen / Horgen
Mittwoch, 16. Dezember 2009, 19.30 Uhr, Foyer Schinzenhof, Thema: Politik aktuell – Bericht aus der Winter-Session, mit Nationalrat Hans Fehr, Gemeinderäte Andreas Arnold, Theo Leuthold und Emil Roffler, ab 19.30 Uhr Apéro, Beginn 20.00 Uhr.

Bezirk Meilen / Küsnacht
Montag, 7. Dezember 2009, Restaurant KEK, Küsnacht, 2. ausserordentliche Generalversammlung.

Stadt Zürich / Kreis 1 und 2
Samstag, 5. Dezember 2009, 9.30–11.30 Uhr, beim Café Mandarin, Albisstrasse 44, Zürich, Standaktion. Die SVP Zürich Kreis 1 und 2 verteilt eine kleine Chlausüberraschung.

Stadt Zürich / Kreis 7
Donnerstag, 10. Dezember 2009, 19.00 Uhr, Restaurant Elefant, Witikon, Veranstaltung zum Auftakt Gemeinderatswahlen im Jahre 2010. Gastredner sind Hans-Peter Amrein mit dem Thema: «Gesetzliche Grundlagen bei Verkehrsprojekten» und Margrit Zopfi «Mit Zivilcourage = Zu viel Courage?» (ehemalige Mitarbeiterin beim Soz. Departement Stadt Zürich). Veranstalter: Urs Fehr, Präsident SVP 7.

Donnerstag, 4. Februar 2010, 19.00 Uhr, Restaurant Elefant, Witikon, Generalversammlung. Veranstalter: Urs Fehr Präsident SVP 7.

Stadt Zürich / Kreis 9
Freitag, 4. Dezember 2009, ab 19.00 Uhr, Schützenstube im Schützenhaus Hasenrain, Albisriederstrasse 600, Zürich, Chlaushöck.

Stadt Zürich / Kreis 11
Samstag, 5. Dezember 2009, 19.30 Uhr, Zürich-Affoltern, Blumenfeldstrasse 103, Restaurant Unterdorf, «Chlaus-Träffe», der Samichlaus und der Schmutzli kommen vorbei, sowie die beiden Stadtrats-Kandidaten, Mauro Tuena und Dr. med. Karl Zweifel. Anmeldungen an: SVP Zürich 11, Daniel Regli, Kornamtsweg 78, 8046 Zürich, svp.zh11@bluewin.ch.

SVP-FRAUEN

Frauengruppe SVP Stadt Zürich
Dienstag, 26. Januar 2010, 19.00 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Generalversammlung.

Samstag, 30. Januar 2010, 9.00–12.00 Uhr, Albisriederplatz, Haltestelle Bus 33, neben der Apotheke, Standaktion zusammen mit dem Kreis 3. Gemeinderätin Marina Garzotto, 1. Vizepräsidentin des Gemeinderates, kandidiert erneut im Kreis 3. Die Frauengruppe unterstützt sie und empfiehlt sie zur Wiederwahl. Wir verteilen am Stand Kaffee und Kuchen. Marina Garzotto ist anwesend. Nutzen Sie diese Gelegenheit, kommen Sie vorbei und lernen Sie Marina Garzotto persönlich kennen.

SVP-Frauen Kanton Zürich
Montag, 14. Dezember 2009, 14.30 Uhr, Besammlung im Foyer Rathaus Zürich. Besuch des Zürcher Kantonsrates unter der Leitung von Kantonsrätin Theres Weber. Filmvorführung und Führung durch das Rathaus mit anschliessendem Apéro. Sicherheitskontrolle beim Eingang: ID oder Pass mitbringen. Anmeldung: Jacqueline Hofer, info@jhofer.ch, Telefon 044 820 20 90. SVP-Mitglieder und Parteifreunde sind herzlich willkommen.

Mittwoch, 13. Januar 2010, 19.30 Uhr (Türöffnung 19.00 Uhr), Raum Winterthur, SVP-Veranstaltung mit Nationalrätin Natalie Rickli und Gregor A. Rutz, Vize-Präsident der SVP des Kantons Zürich zum Thema «Erfolgreicher Wahlkampf». Vorstellung von Stadtratskandidat Daniel Oswald, Parteipräsident SVP Winterthur und Gemeinderatskandidatin Chantal Leupi, Vorstand JSVP «Stadt und Bezirk Winterthur». SVP-Mitglieder und Parteifreunde sind herzlich willkommen! Nähere Angaben folgen.

WEITERE POLITISCHE VERANSTALTUNGEN

Freitag, 5. Februar 2010, 13.30–17.30 Uhr, ETH Zürich, Semper-Aula (G 60), Panel-Debatte I (14.15 bis 15.30 Uhr) «Sicherheitspolitische Positionierung: Auslandeinsätze der Armee wie weiter?» u.a. mit Nationalrat Hans Fehr, im Rahmen der Veranstaltung «Weltpolitische Lage 2010: Herausforderungen für die Schweiz» des Center for Security Studies, ETH Zürich.

10. Nationaler SVP-Jasscup in Näfels Glarus
Samstag, 20. Februar 2010, 9.00–15.00 Uhr, Oberurnerstrasse, Sportzentrum Linth-Arena SGU, Jubiläums-Jasscup, Beginn 10.30 Uhr, auch «Nicht-Jasser» sind eingeladen. Teilnahmegebühr: Fr. 30.00 pro Person, Anmeldungen bis 14. Februar 2010 bei: Generalsekretariat SVP, Brückfeldstrasse 18, Postfach 8252, 3001 Bern, Telefon 031 300 58 58, Fax 031 300 58 59, E-Mail: merian@svp.ch.

IMPRESSUM

Der Zürcher Bote

ISSN 1660–6701
Organ: Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich
Erscheint jeden Freitag

Abonnementspreis jährlich:
Parteimitglieder Fr. 48.–
Nichtmitglieder Fr. 58.–
+2,4% Mehrwertsteuer

Redaktion: Seite 1–8
Christoph Bähler (ba.), Dr. Yves Gadient (gad.)
Tel. 044 217 77 64
Fax 044 217 77 65
zb@svp-zuerich.ch

Mitarbeiter:
Claudio Zanetti (zac.)
Hans Fehr (fe.)

Inseraten-Annahme:
«Zürcher Bote», Inserate
Seestrasse 95, 8800 Thalwil
Tel. 044 722 77 76, Fax 044 720 10 78
E-Mail: inserate@zuercher-bote.ch

Inseratenschluss:
Mittwoch 15.00 Uhr
Insertionspreis 89 Rp. die einspaltige Millimeterzeile, Gelegenheitsinserate 1-spaltig bis 35 mm Fr. 30.–
+7,6% Mehrwertsteuer

Druck und Abonnementsdienst:
Stutz Druck AG
Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil
Tel. 044 783 99 11, Fax 044 783 99 22
info@stutz-druck.ch

SCHWEIZER QUALITÄT Sichere Zukunft in Freiheit
SVP
Die Partei des Mittelstandes

Jetzt anmelden!

Einladung zur Programmtagung

Einstehen für die Schweiz

Samstag, 12. Dezember 2009, Landgasthof Wallberg, Eichholzstrasse 1, 8604 Volketswil
9.00 bis 12.30 Uhr (Türöffnung: 8.30 Uhr mit Kaffee und Gipfeli)

Programm:
Begrüssung
Nationalrat Alfred Heer, Parteipräsident

Einführung ins Thema
Gregor A. Rutz, Vizepräsident

Einstehen für die Schweiz – Nötiger denn je
Nationalrat Christoph Mörgeli

Gruppenarbeiten:

A: **Schweizer Rechts- und Werteordnung – Wohin?**
-> Kriminalität, Religion, Menschenrechtskonvention
Kantonsrätin Barbara Steinemann

B: **Schweizer Aussenpolitik – Mut statt Feigheit**
-> EU, UNO, Agrar-Freihandelsabkommen
Nationalrat Alfred Heer

C: **Wirtschaftsstandort Schweiz – Selbstbewusst in die Zukunft**
-> Personenfreizügigkeit, Wirtschaftspolitik
Nationalrat Christoph Mörgeli

Im Anschluss: Präsentation der Ergebnisse aus den Gruppenarbeiten/Diskussionsrunde

Anmeldetalon für die Teilnahme an der Programmtagung vom 12. Dezember 2009

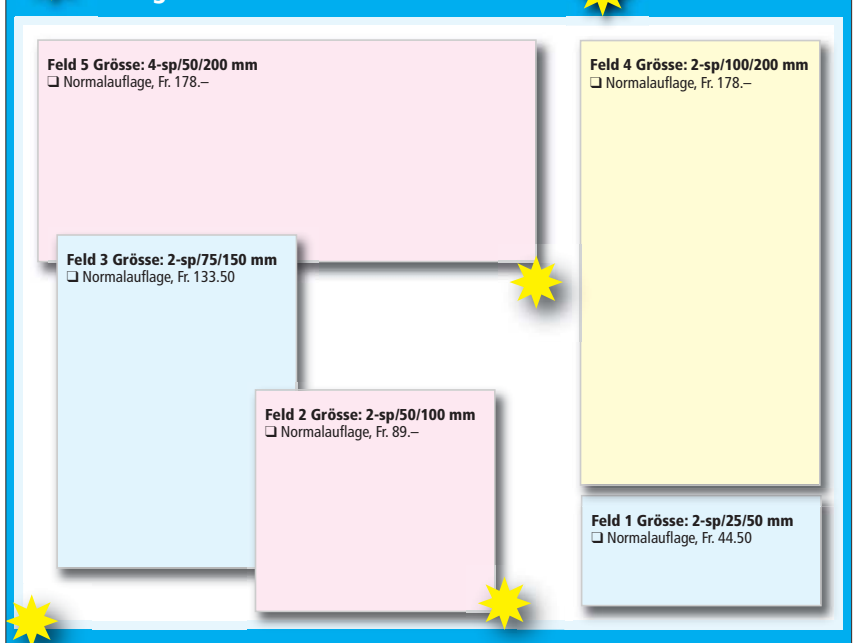
☐ Ich melde mich für die Programmtagung an.
☐ Wir melden uns für die Programmtagung an: _____ Anzahl Personen.

Ich / wir bevorzuge(n) folgende Arbeitsgruppe: A: ___ B: ___ C: ___
Bitte erste (1) und zweite (2) Priorität angeben.

Name: Vorname:
Strasse: PLZ, Ort:
Telefon: E-Mail:

Bitte retournieren an das SVP-Sekretariat, Nüschelerstrasse 35, 8001 Zürich
per Fax 044 217 77 65 oder per E-Mail: sekretariat@svp-zuerich.ch

Bestellschein Glückwünsche 2010
Erscheinungsdatum 18.12.2009
Anzeigenschluss 16.12.2009



Druckunterlagen ☐ folgen ☐ beiliegend ☐ besitzen Sie ☐ wie letztes Jahr

Auftraggeber/Firma
Strasse PLZ/Ort
Herr/Frau E-Mail
Telefon Fax
Datum Unterschrift

Bitte einsenden an:
Zürcher Bote/Zürcher Bauer, Seestrasse 95, 8800 Thalwil
Tel. 044 722 77 76, Fax 044 720 10 78
inserate@zuercher-bote.ch oder inserate@zuercher-bauer.ch

Der Zürcher Bote

Vorverlegter Inserateannahme- und Redaktionsschluss

Für die Nummern 52/2009 und 01/2010 muss infolge Weihnachten und Neujahr der Redaktions- und Inserateannahmeschluss

auf Dienstag, 15. Dezember 2009, vorverlegt werden.
Texte: 12.00 Uhr – Inserate:15.00 Uhr

Wir bitten unsere Inserenten und Mitarbeiter, diese Änderung zu beachten.

Redaktion und Verlag wünschen frohe Festtage